

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonnage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.

24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 6. Mai. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allerhöchstes geruht: Dem Pfarrer Schöeler zu Wittingen im Kreise Koblenz den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, so wie dem Chausseegeld-Erbeben Neger auf am Rheinanal auf der Berlin-Hamburger Chaussee das Allgemeine Ehrenzeichen, und dem Schneidergefeil Hermann Roescke zu Rehnen im Kreise Wittenbergh die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Ziehm zu Bergen, ist an das Kreisgericht zu Greifswald mit Anweisung seines Wohnsitzes dafelbst und mit widerruflicher Einräumung der Praxis bei dem dortigen Appellationsgerichte versetzt; so wie der bisherige Kreisrichter Brachvogel in Pleich, zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Wollstein und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wollstein; und der bisherige Kreisrichter de Witt zu Rummelsburg, zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Dramburg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Köslin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Dramburg, ernannt worden.

An der Realschule zu Frankfurt a. O. ist die Aufführung des Dr. Theodor Lehmann und des Kollaborators Schillmann als Ordentlicher Lehrer; so wie an der Ritter-Akademie zu Brandenburg die des Dr. Haeger als Adjunkt; und am Gymnasium zu Lauban die des Schulamts-Kandidaten Dr. Willbrandt als Kollege genehmigt worden.

Das 14. Stück der Gesetzesammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 5216 das Gesetz, betr. die Deklaration des §. 54 des Gesetzes über die Presse vom 12. Mai 1851. Vom 21. April 1860; unter Nr. 5217 den Allerhöchsten Erlass vom 2. April 1860, betr. die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von Linz, im Regierungsbezirk Koblenz, nach der Honnef-Asbach-Salmersfelder Bezirksstraße bei Rottbiss, im Regierungsbezirk Köln; unter Nr. 5218 den Allerhöchsten Erlass vom 2. April 1860, betr. die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Gemeinde-Chaussee von Baumholder über Rulzberg nach der Haltestelle der Rhein-Nahe-Eisenbahn bei Heimbach im Kreise St. Wendel; und unter Nr. 5219 die Bestätigungs-Urkunde, betr. den dritten Nachtrag zum Statut der Magdeburg-Röthen-Halle-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 23. April 1860.

Berlin, den 5. Mai 1860.

Debitskonto der Gesetzesammlung.

Bei der heute fortgesetztenziehung der 4. Klasse 121. Königl. Klassen-Lotterie fiel der 1. Hauptgewinn von 150.000 Thlrn. auf Nr. 82,753. 2 Gewinne von 5000 Thlrn. fielen auf Nr. 12,996 und 66,401. 6 Gewinne zu 2000 Thlrn. auf Nr. 26,315. 31,456. 40,013. 75,348. 81,943 und 85,698. 56 Gewinne zu 1000 Thlrn. auf Nr. 2188. 2273. 2762. 7598. 9319. 11,242. 12,492. 15,558. 16,619. 18,935. 19,714. 21,693. 21,717. 22,660. 23,261. 25,167. 26,016. 26,285. 31,078. 31,481. 32,255. 33,630. 34,640. 35,847. 36,757. 37,073. 37,474. 37,659. 43,515. 48,618. 51,339. 54,480. 56,219. 57,052. 59,546. 59,909. 60,518. 63,124. 65,288. 67,282. 67,717. 74,928. 72,685. 75,409. 76,755. 79,131. 82,412. 83,511. 84,726. 85,538. 88,331. 90,743. 90,905. 92,090. 92,454 und 94,061. 53 Gewinne zu 500 Thlrn. auf Nr. 74. 1121. 5327. 5432. 5773. 6086. 6869. 6980. 12,241. 12,920. 12,952. 16,614. 16,944. 17,049. 18,502. 18,705. 19,833. 21,696. 22,776. 23,353. 23,487. 24,291. 26,652. 29,301. 30,533. 30,543. 33,277. 34,387. 35,669. 36,056. 39,729. 40,517. 41,003. 41,452. 43,253. 43,509. 45,889. 50,132. 50,755. 51,532. 53,760. 57,780. 58,098. 63,002. 63,945. 64,277. 64,280. 64,845. 65,666. 68,540. 68,795. 69,875. 71,219. 71,269. 71,586. 73,488. 74,922. 76,019. 77,462. 80,385. 82,787. 83,125. 83,143. 83,200. 83,340. 83,561. 84,013. 84,358. 85,621. 86,340. 86,927. 90,257. 90,614. 91,151. 91,164 und 91,731.

Berlin, den 5. Mai 1860.
Königliche General-Potterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Sonntag, 6. Mai, Morgens. Die heutige "Wiener Zeitung" enthält eine Konzessionsurkunde für die Theißbahn zum Baue einer 1862 zu vollendenden Eisenbahn von Sugatagh und Szlatina in der Marmaros'schen Ge spannschaft in Ungarn über Szigeth und Gergely nach Nyir-Egghaza nördlich von Debreczin. Die Dauer der Konzession ist auf 85 Jahre festgesetzt.

(Eingegangen 7. Mai 8 Uhr Vorm.)

CH Posen, 7. Mai.

Es gibt leider viele der sogenannten deutschen Fragen, bei deren Behandlung nicht nur die verschiedenen Glieder des deutschen Bundeskörpers, sondern auch die verschiedenen Parteien in den einzelnen Staaten nach Auffassung und Richtung auseinandergehen. Mit um so größerer Freude ist eine Kundgebung zu begrüßen, welche den Parteihader zum Schweigen bringt, um dem Einheitsgefühl der Nation einen kräftigen Ausdruck zu sichern. Die Lage der deutschen Herzogthümer, welche dem dänischen Scepter unterworfen sind, gehört zu den schmerzvollsten Wunden, an denen die deutsche Nation frakt, und der Schrei der öffentlichen Meinung, der sich jetzt wieder so vollständig erhebt, hat, wenn er auch nicht unmittelbar in den Lauf der Ereignisse eingreift, doch das Gute, das er nach allen Seiten verkündet, wie schwer die gesammte deutsche Nation das langjährige Unrecht empfindet und wie dringend sie die endliche Beseitigung desselben verlangt.

Unser Abgeordnetenhaus hat in mehreren eingegangenen Petitionen die erwünschte Veranlassung gefunden, sich mit ernstten und eindringlichen Worten und mit einem sehr energischen Volum über die Angelegenheit auszusprechen. Im Grunde steuerten alle vorliegenden Anträge auf dasselbe Ziel hinaus. Nach dem Hauptantrage der Kommission sollte die Regierung aufgefordert werden, Kenntnis davon zu nehmen, ob und in wie weit die in den Verhandlungen von 1851 und 1852 mit der dänischen Regierung in

Betreff des Herzogthums Schleswig festgestellten Bedingungen in Ausführung gekommen, und das Erforderlich zu veranlassen, daß, falls dieselben unausgeführt gelassen, die von der Krone Preußens mitgarantierte Erfüllung derselben endlich stattfinde." Das durch Herrn v. Carlowitz eingebrachte Amendement schlägt dem Hause vor, die Erwartung auszusprechen, daß "die Staatsregierung nichts unterlassen werde, um den Herzogthümern Schleswig und Holstein endlich zum vollen Genusse ihrer schwer geprägten Rechte zu verhelfen." Das Unteramendement des Herrn v. Blankenburg ergänzt die vorstehende Motion nur durch den Hinweis darauf, daß die preußische Regierung "in Gemeinschaft mit den deutschen Verbündeten" handeln möge.

Vor allen Dingen ist zu beachten, daß nach der einmütigen Anschauung der mitgetheilten Anträge die Kundgebungen deutschen Strebens in der sogenannten "Herzogthümerfrage" sich jetzt wesentlich anders darstellen, als in den letzten Jahren. Bis jetzt schloß die öffentliche Meinung sich mit einer gewissen scheuen Resignation den Schritten des Bundesstaates an, welche — bekanntlich mit sehr ungünstigen Erfolgen — darauf gerichtet waren, die Wiederherstellung eines verfassungsmäßigen Rechtszustandes in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg zu erwirken. Jeder Ausdruck einer Theilnahme für die hart bedrückte deutsche Bevölkerung Schleswigs ward von ängstlichen Stimmen mit der Warnung zurückgedrängt, daß Deutschland keine Kompetenz in Betreff Schleswigs habe und durch eine Demonstration zu Gunsten Schleswigs sofort die Einmischung der fremden Großmächte herbeiführen werde. Über diese allzupeinliche Auffassung der Verhältnisse ist man jetzt offenbar zu einer selbstbewussteren Haltung fortgeschritten. Wenn Deutschland sich auch nicht das ausschließliche Recht beilegen darf, in Sachen Schleswigs mitzusprechen, so steht ihm doch unbestreitbar eine solche Befugnis in oberster Linie zu, weil es sich eben um das Schicksal seiner eigenen Stammgenossen handelt. Auch diplomatisch ist das Recht des Einspruchs vollkommen begründet, da die dänische Regierung sich feierlich und vertragsmäßig verpflichtet hat, eine Verschmelzung des Herzogthums Schleswig mit dem eigentlichen Dänemark nicht zu bewirken. Wenn die übrigen europäischen Mächte gegen notorische Maahnahmen, welche auf einen Bruch dieser Zusage hinzielen, keinen Protest erheben, so kann doch Deutschland nicht zugemutet werden, solche Unbill durch lautlose Passivität zu ermutigen.

Das Amendement des Herrn v. Carlowitz hat vor dem Kommissionsantrage offenbar den Vorzug, daß es, unter Festhaltung der geschichtlichen und rechtlichen Zusammengehörigkeit von Schleswig und Holstein, die Wünsche der Landesvertretung in deutlicher und bestimmtere Worte kleidet. Auch ist es nur zu billigen, daß nach der Fassung des Amendements die Nichterfüllung der dänischen Zusagen sofort außer Zweifel gestellt und die Hauptaufmerksamkeit ohne Weiteres auf die Schritte zur Wiederherstellung des Rechtes gelenkt wird. Das Charakteristische des Brandenburgischen Unteramendements besteht darin, daß eine gemeinsame Aktion der "deutschen Bundesgenossen" gewünscht wird, damit Preußen nicht, wie im Jahre 1850, durch den Widerstand Ostreichs in vollkommene Isolierung gerathet.

Aus den wiederholten Erklärungen des Ministers v. Schleinitz geht hervor, daß die preußische Regierung keinen Stachels bedarf, um ihre Pflicht gegen die bedrängten Herzogthümer zu erfüllen. Dennoch wird das Votum unsres Parlaments von Nutzen sein, um zu gleichartigen Kundgebungen in Deutschland anzuregen und um unsere Stammesgenossen im hohen Norden zur Ausdauer in dem Widerstände gegen die Anmaßungen des Dänenhums zu ermutigen.

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 6. Mai. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Gestern Nachmittag 5 Uhr hat die Frau Prinzessin von Preußen Berlin verlassen und sich in Begleitung ihres erlauchten Gemahls zunächst nach Potsdam begeben. Bei der Abreise der hohen Frau waren auf dem Perron des Bahnhofes anwesend der Prinz und die Prinzessin Friedrich Wilhelm, der Fürst von Hohenzollern, der Generalfeldmarschall v. Wrangel, der Stadtkommandant, Generalmajor v. Alvensleben, und einige andere hochgestellte Personen. Die Frau Prinzessin verabschiedete sich bei der Königin im Schlosse Sanssouci und segte um 7 Uhr von Potsdam aus mit dem Kölner Kurierzuge ihre Reise nach Koblenz fort, der Prinz-Regent aber kehrte um 7½ Uhr Abends von Potsdam hierher zurück. — Heute Morgen um 8 Uhr begaben sich der Prinz-Regent, der Prinz und die Prinzessin Friedrich Wilhelm und der Prinz Albrecht mit seinem Sohn und seiner Tochter nach Potsdam und dorthin folgten um 10 Uhr der Prinz und die Prinzessin Karl, der Prinz August von Württemberg, der Prinz-Admiral Adalbert, der Fürst von Hohenzollern, der Fürst W. Radziwill, der Generalfeldmarschall v. Wrangel, der Kriegsminister v. Noor und andere höhere Militärs. Der Prinz-Regent, der Prinz und die Prinzessin Friedrich Wilhelm besuchten zunächst Schloss Babelsberg und das neue Palais und wohnten darauf mit den übrigen hohen Herrschäften dem Gottesdienst in der Hof- und Garnisonkirche bei. Nach beendigtem Gottesdienste hielt der Prinz-Regent im Lustgarten die Kirchenparade über das 1. Garde-Regiment ab; die Prinzessinen sahen derselben aus den Fenstern des Stadtschlosses zu. Der Parade folgte ein Déjeuner dinatoire im Stadtschloss zu. Der Parade folgte ein Déjeuner dinatoire im Stadtschloss zu. Der Prinz-Regent konserierte bei seiner Ankunft sogleich mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerswald und

v. Schleinitz. Um 5 Uhr war Familientafel im Palais des Prinzen Karl. — Am nächsten Dienstag ist beim Prinzen Albrecht zur Feier des Geburtstages seines Sohnes große Tafel. — Die Frau Prinzessin Karl begibt sich am 20. d. zur Kur nach Aachen und reist von dort aus später nach Weimar, wo sie am Sterbelager ihrer verehrten Mutter mit ihren hohen Verwandten zusammen sein will. Ob die Frau Prinzessin von Preußen an diesem Tage auch im Kreise der großherzoglichen Familie erscheinen wird, ist zur Zeit noch unbestimmt. Von Weimar geht die Frau Prinzessin Karl alsdann nach Schlangenbad. — Prinz Karl reist nach den vorläufig getroffenen Anordnungen am 15. Juni nach Baden-Baden. Von der Reise nach Italien, welche der Prinz Karl früher beabsichtigte, ist augenblicklich Alles still. — Der Fürst von Hohenzollern hat die Minister zu einer Berathung einzladen lassen, welche morgen Vormittag 10 Uhr im Konferenzzimmer des Herrenhauses stattfinden soll. Wie schon gemeldet, haben unsere Minister gegenwärtig außerordentlich viel zu thun; besonders aber wird der Minister des Auswärtigen sehr in Anspruch genommen. Sehr häufig wird er jetzt auch des Nachts durch Depeschen aus dem Schlaf geweckt. Auch in den diplomatischen Kreisen herrscht ein sehr reges Leben. — Daß sich bei uns jetzt eine sehr gedrückte Stimmung kundgibt, ist bekannt. Viele sehen schon die Sturmähnlichkeit des Krieges wehen, und darf dies nicht Wunder nehmen, da die Reden der Landtagsmitglieder, die hier begierig gelesen werden, immer und immer dahin lauten: "Napoleon ante portas!" — Unser Magistrat wünscht, daß dem verehrten Bürgermeister Naunyn recht bald ein Nachfolger gegeben werde, damit im Interesse der Verwaltung die seit mehreren Monaten bestehende Stellvertretung aufhöre. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich daher wohl schon in kurzer Zeit mit der Wahl eines Bürgermeisters beschäftigen. Wie bereits gemeldet, wird für den Stadtrath Dunker agiert und eine andere Partei möchte wieder die Wahl des Stadtrathen für Brun durchsetzen. Die Wahl dürfte daher zu einem heftigen Kampfe führen, wenn man sich nicht zuvor über einen Kandidaten einigt. — Die Ernennung des Abg. v. Bonin zum Oberpräsidenten der Provinz Posen ist bereits vollzogen. — Augenblicklich ist das Victoria-Theater Gegenstand des Tagesgesprächs. Alle Welt soll die Kapitalien gekündigt haben und darum die Substaftstation unvermeidlich sein. Die Dürriers, die zusammen Forderungen in Höhe von 80.000 Thlrn. haben, wollen sich mit einer Immediateingabe an den Prinz-Regenten wenden und ihn bitten, den zwischen dem Kronfideikommiss und R. G. bestehenden antiretschen Pfandvertrag nicht aufzheben zu lassen.

[Auszeichnung] Bei der gestrigen Truppenbesichtigung bemerkte Se. K. H. der Prinz-Regent in den Gliedern des Füsilierbataillons des Kaiser Alexander Grenadier-Regiments auf der Brust zweier Sergeanten, des Fahnenträgers und eines Unteroffiziers, die f. sächsische Verdienstmedaille des St. Heinrichsordens. Dieselbe war für die Kämpfe in den Straßen Dresden im Jahre 1849 verliehen worden. Da das Füsilier-Bataillon des genannten Regiments gerade heute vor 11 Jahren auf die Aufforderung der f. sächsischen Regierung nach Dresden entsendet wurde, verlieh Se. K. H. der Prinz-Regent den beiden Sergeanten, Heinrich Hentschel und Joseph Wagner, auf dem Platz preußische Ehrenzeichen.

[Auszeichnung] Das Landes-Ekonomekollegium hat gestern seine dritte ordentliche Bierteljahrsitzung geschlossen. Die Hauptgegenstände seiner diesmaligen Berathungen waren Steuerjachten. In Bezug auf die Branntweinsteuer hat dasselbe den Antrag gestellt, daß ferner nicht mehr nach dem Maischraume, sondern von dem Produkt die Steuer erhoben werden möge; in Bezug auf die Nübenzucker-Fabrikation aber den Wunsch ausgesprochen, es möge die Staatsregierung unausgesetzt dahin wirken, daß beim Export des Rübenzuckers eine Bonifikation gewährt werde. (N. P. 3.)

[Der Prozeß gegen die Magdeburger Kirchenpatrone] gelangte am 4. d. abermals in der Appellationsinstanz vor dem f. Kammergerichte zur Verhandlung. Bekanntlich hatte das f. Obertribunal das früher in dieser Sache ergangene Urtheil des Kammergerichts vernichtet, weil sich der Gerichtshof nicht über die Anwendbarkeit des §. 154 des Strafgesetzbuchs ausgesprochen, ob nämlich die Angeklagten, als sie die bekannte Proklamation erließen, sich in Ausführung ihrer Gerechtsame befunden haben oder nicht. In dem gestrigen Audienztermin waren die Angeklagten nicht erschienen, dagegen erschienen als Verteidiger die Justizräthe Casper, Wagener und Boets. Die Ober-Staatsanwaltschaft vertrat Herr Schwarz selbst. Das Kammergericht erkannte wie früher und legte wiederum, wie oben angegeben, die Strafen von 6 resp. 4 Monaten Gefängnis fest. Es wurde ausgeführt, daß das Kammergericht früher keine Veranlassung gehabt, ex officio auf §. 154 des Strafgesetzbuchs einzugehen, daß aber, nachdem auf höhern Befehl dieser Einwands der Prüfung unterzogen worden, das Kammergericht seine frühere Ansicht nicht ändern könne, weil die Angeklagten sich nicht in Ausführung von Gerechtsamen befunden hätten, und weil selbst, wenn dies der Fall, ein Zeitungsartikel, wie der Staatsanwaltschaft zugegeben werden müsse, nicht der dazu geeignete Weg sei.

Bonn, 5. Mai. [Beiträge zum Arndt-Denkmal.] Durch ein Schreiben des Ministers v. Bethmann-Hollweg ist der geschäftsführende Ausschuß benachrichtigt worden, daß "Se. K. H. der Prinz-Regent auf den Vortrag des Ministers einen Beitrag von 2000 Thalern zu den Kosten des für Ernst Moritz Arndt in Bonn zu errichtenden Denkmals aus Staatsfonds zu bewilligen geruht hat". Es bedarf keiner Auseinandersetzung, wie höchst erfreulich diese Beteiligung des Staates an dem Ehrendenkmal eines seiner besten Bürger ist. Wer dabei an die Zeit zurückdenkt, da

Inserate
(1½ Sgr. für die fünfgepa-
tete Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an denselben Tage er-
schiedene Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags au-
genommen.

man Aendl in Untersuchung zog und vom Amte suspendierte, der wird dankbar der tiefgehenden Wandlung in Ansichten und Stimmungen inne werden, welche sich gegenwärtig in der Theilnahme für Aendl's Denkmal kundgibt, die auch zur Signatura temporis gehört. Durch ein schönes Zusammentreffen kam zu gleicher Zeit die Nachricht, daß durch Hrn. v. Ammon unter den Abgeordneten der Zweiten Kammer in Berlin ein Beitrag von 500 Thlr. gesammelt worden sei. Hamburg hat einen ersten Beitrag von 1000 Thlr. gesandt und schließt sich würdig an Leipzig und Bremen an, um zu beweisen, daß in unseren Handelsstädten auch der vaterländische Sinn nicht schlafst; aus Saarbrücken kam ein Beitrag mit der Bemerkung, an der äußersten Grenze Deutschlands fühle man um so lebhafter den Wunsch, echten deutschen Patriotismus zu ehren; in Schwabach wurde hervorgehoben, der Beitrag bestrebe zum großen Theil aus erparaten Großen der deutsch-gesinnten Arbeiter. So recht! „Das ganze Deutschland soll es sein!“ (K. 3.)

Stettin. 5. Mai. [Das dänische Postdampfschiff „Geyser“] traf gestern mit 24 Passagieren von Kopenhagen hier ein. Es hat Aufsehen erregt, daß das dänische Schiff nicht, wie von allen fremden Schiffen geschieht, beim Eintritt in den Hafen die preußische Flagge am Bordertop aufzichte.

Wittenberge. 4. Mai. [Feuer.] Am 1. d. früh 4 Uhr brach auf dem hiesigen Bahnhofe der Magdeburg-Wittenbergschen Eisenbahn Feuer aus, welches die Tischlerei, Wagenteile, Pack- und Sattler- und Tapezier-Werftäte verfehlte; rechtzeitige und reichliche Hülfe bescherte das Feuer auf diese mit den übrigen Werftäten zusammenhängende Lokalitäten. Es sind 6 Wagen, wovon 2 noch im Lokal und 4 auf dem Hofe standen, gänzlich verbrannt, 2 andere so vom Feuer angegriffen, daß die Holztheile derselben nicht mehr zu gebrauchen sind, 2 Tender und 2 andere Wagen ebenfalls sehr vom Feuer angegriffen, die ganzen nicht unbedeutenden Holzvorräthe verbrannt. Beteiligt sind die „Thuringia“ mit den Gebäuden, die Magdeburger Gesellschaft und die „Colonia“ mit den Wagen und Vorräthen. Wie das Feuer entstanden ist nicht ermittelt, es ist zuerst in einem Lokal bemerkt, wo seit langer Zeit nicht gearbeitet ist.

Wolgast. 5. Mai. [Kanonenboot.] Am 28. v. M. lief ein zweites Schraubenkanonenboot, für vier gezogene Kanonen, hier vom Stapel. Es hat den Namen „Pfeil“ und ist im ganz gleichen Stile mit dem ersten, von dem Schiffbaumeister Lüke hier erbaut. Die Maschine, Masten, Takelage u. s. w. werden in wenig Wochen eingebracht sein und beide Schiffe Sr. Majestät Flotte angereiht werden.

Ostreich. Wien, 5. Mai. [Ablehnung der ungarnischen Reichsräthe.] Die nicht ungestümt aufgestellte Vermuthung, es möchten der veröffentlichten Zusammensetzung des Reichsrathes, insbesondere von ungarischer Seite, Hindernisse in den Weg treten, ist wenigstens zum Theil bereits eingetroffen. Glaubwürdigen Nachrichten zufolge haben bis jetzt die designirten Ungarn, Graf Georg Apponyi, Götvör und Paul v. Somisch, ihre Ablehnung definitiv (?) erklärt, die gleiche Kundgebung ihrer Landsleute soll sich nur zufällig verzögert haben. Der Weigerung Götvörs und Somisch's jah man mit einiger Gewissheit entgegen, nicht ganz so der des Grafen Apponyi, dem durch seine Berufung zum lebenslänglichen Reichsrath eine etwas ausgedehntere Wirksamkeit angeboten war. Neben die nunmehr erfolgende Gestaltung des Reichskörpers ist noch nichts Sicherer zu sagen, es mag bei der Regierung selbst noch ein Entschluß feststehen. Eine Vertretung, an der sich die Hälfte des Reiches nicht beteiligt, wäre begreiflich nicht thunlich und haltbar; durchaus sichere, aber eben so unbekannte Sujets zu ernennen, wäre gleichbedeutend, und ein wirkliches Einverständniß zu erzielen, bliebe nur der thätige Ernst in den versprochenen Konzessionen im Stande. (Pr. 3.)

[Der Aufstand in Sizilien.] Hier eingetroffene offizielle Nachrichten aus Neapel vom gestrigen Tage melden, daß die Ruhe in Sizilien vollkommen hergestellt sei; kein Flintenschuß werde mehr abgefeuert, und nur einzelne Verhaftungen finden noch statt. Dass die direkten Widersprüche in den Nachrichten über den Aufstand in Sizilien vorläufig eine Lösung nicht gestatten, und wir dieselben, wie sie aus den verschieden Quellen uns zugehen, nur mithilfem können, brauchen wir wohl kaum erst besonders hervorzuheben. (D. Red.)

[Tagesnotizen.] Die hinterlassene Gemahlin des Ministers v. Bruck hat sich trotz Andringen ihrer Freunde und Dienerschaft nicht bereit finden lassen, irgend etwas aus der Verlassenschaft, bis auf die nothwendigsten Bekleidungsstücke mit sich zu nehmen, da ihr Familienpapiere vorenthalten würden, die weder eine amtliche noch geschäftliche Bedeutung haben. Von einer hohen Person wurde darauf eine Audienz bei der Kaiserin vermittelt, um den billigen Wünschen der gekränkten Frau zu ihrem Rechte zu verhelfen. Frau v. Bruck hat aber die Gnade dankend abgelehnt. Sie hat sich nach Trieste begeben und wird von dort nach ihrer Landbesitzung in Kroatien reisen. — Der Redakteur des „Lagesboten aus Böhmen“, Herr D. Kuh, bekanntlich vom Prager Landesgerichte über Anklage des Bibliothekars Hanaka wegen Ehrenbeleidigung zu zweimonatlichem Arrest, verschärft durch Fasten, verurtheilt, welches Urtheil vom böhmischen Oberlandesgerichte bestätigt wurde, ist vom obersten Gerichtshofe losgesprochen und schuldlos erklärt worden. — Über die Überschwemmungen im Komornier Komitate meldet „Hirlap“: Die Flüsse der Donau, Waag, Nyitra und Izsita-Flüsse haben bedeutenden Schaden angerichtet, und ganze Ortschaften und deren Gemarkungen überschwemmt; von Neuhäusel bis nach Komorn sind zahlreiche auf dieser Route befindliche Brücken theils gänzlich zerstört, theils arg beschädigt, so daß die Kommunikation unterbrochen war. Sogar mehrere Telegraphensäulen wurden ausgewaschen und umgestürzt.

[Die italienische Konföderation.] Die „Ostd. Post“ hat von ihrem diplomatischen Pariser Korrespondenten, dem sie schon mehrfach derartige Andeutungen verdankt, die Mittheilung erhalten, daß „alte Pläne in neuer Form“, nämlich die Idee des italienischen Staatenbundes, wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden seien. Beiläufig bemerkt der Korrespondent, daß zwischen Lamorticiere und dem Kaiser Napoleon eine Aussöhnung stattgefunden, und daß der General in der That bei dem Kaiser die Erlaubnis zur Uebernahme seines Kommando's nachgebracht habe. Dann fährt er fort: „Von Rom aus wird ein Rückschlag vorbereitet, dessen Grenzen zu bestimmen unmöglich ist, die sich aber in dem plötzlich wieder auftauchenden Schlagwort einer „italienischen Konföde-

ration“ errathen lassen. Der ursprüngliche Gedanke eines italienischen Staatenbundes mit dem Papste an der Spitze wird wieder aufgenommen. Der römische Stuhl wird in die Lage gebracht, über eine für italienische Verhältnisse imposante Waffenmacht zu gebieten, und ein neues Ministerium soll auch für die allerdringendsten Reformen sorgen. Übersehen Sie nicht, daß Msgr. Merode, der einer Familie angehört, die zum Theil französisch ist, zu großem Einflusse im Vatikan gelangt ist, und daß Lamorticiere organisatorisches Talent und selbständigen Charakter besitzt. Wie sich dies alles zu den Beziehungen verhält, in denen man in Paris zu Sardinien stand und zum Theile noch steht, darauf bin ich heute außer Stand, eine auf wirklichen Thatsachen beruhende Mittheilung zu machen. Aber folgende Umstände sind in Betracht zu ziehen. Mit unverkennbarer Ostentation wird in Gesprächen und Altenstücken angedeutet, daß Sardinien keinerlei Garantie für den Besitz von Toskana und der Romagna erhalten. Die Reorganisation der päpstlichen Armee wird von Frankreich und Ostreich gleichmäßig gefördert, so wie der zu Villafranca von Frankreich projektierte italienische Staatenbund von Ostreich günstig aufgenommen wurde und um so mehr Unterstützung findet, wenn der Papst wirklich in die Lage gesetzt würde, an die Spitze der Konföderation treten zu können. Hängen Sie diese Fäden zusammen und geben Sie noch folgenden hinzu, den ich allerdings nur andeutungsweise aussprechen mag: Frankreich hat nunmehr Nizza erworben, welches italienisch ist. Warum soll die Grafschaft Nizza nicht in Mitte einer italienischen Konföderation auch Sitz und Stimme erhalten?“

[Die Reform der Bundeskriegsverfassung.] Hinsichtlich der Verhandlungen über die Reform der Bundeskriegsverfassung kann die „D. A. B.“ folgende Mittheilung machen: Der preußische Minister des Auswärtigen v. Schleinitz überwandte noch durch Baron Koller Vorschläge an den Grafen Rechberg, der sie dem Armeeoberkommando zur Prüfung vorlegte und die Ergebnisse dieser Prüfung als „Bemerkungen“ an den Grafen Karoly für Hrn. v. Schleinitz einer Depesche vom 11. Januar beilegte. Graf Rechberg äußerte in derselben sein lebhaftes Verlangen nach einer Verständigung „im Gebiete der deutschen Militärfrage“, lehnte aber Preuzens „Vorschlag wegen Zweiteilung des Bundesheeres“ ab.

Hannover. 4. Mai. [Ablehnung der Anträge auf Küstenbefestigung.] Der Militärausschuß der Ersten Kammer hat empfohlen, die Kreditsforderung von 550,000 Thlr. für weitere Ausführung des Küstenbeschusses bei der jetzigen Lage der Sache abzulehnen. Er begründete diesen Antrag durch seinen Berichterstatter damit, daß Verhandlungen zwischen Preußen und den übrigen Küstenstaaten auf Veranlassung des Bundes eröffnet und nach den im Ausschuß gegebenen Mittheilungen noch nicht beendigt seien. Unter diesen Umständen habe man es um so weniger für ratschlich gehalten, einseitig vorzugehen, als Hannover nicht im Besitz beider Ufer und Küsten sei, folglich nur Halbes leisten könne, und daß ihm auch im Kriegsfall die erforderliche Mannschaft nicht zu Gebote stehe, weil dann der Bund die Verfügung über das Kontingent habe. Die Vertheidiger der Sonderbefestigung hätten auf die eigentümliche neueste Stellung Preußens zur Stunde (Herr v. Rössing ging so weit, schon von den deutschen Annexionsgesuchen zu sprechen) hingewiesen, aber gerade dann, ward entgegnet, dürfe Hannover um so weniger gleichfalls eine Sonderstellung einnehmen wollen, sondern müsse das Seinige zur Erhaltung des deutschen Bundes beitragen. Justizminister v. Bar wünschte sehr, daß man diese Gelegenheit sich nicht entgehen lasse, selbstthätig zu sein und dem beständigen Vorwurf der Großstaaten, daß sie allein für den Schutz Deutschlands zu sorgen hätten, von seinem Fundament zu nehmen. General v. Sichert bemühte sich, den lokalen Werth der Befestigung hervorzuheben. Schapppräsident v. Alten erinnerte an die Begeisterung, womit im vorigen Jahre dieses Hauses einstimmig die Regierung zur Thätigkeit gegen die Auslandsplätze ermuntert habe, und wollte auch heute gezeigt haben, daß wir noch Hannoveraner wären und bleiben wollten. Die Kammer hatte aber gar keine Neigung, den kostspieligen Anfang zu einer voraussichtlich noch viel kostspieligeren Fortsetzung der Fortifikation auf eigene Hand zu machen, da es keinem nachzuweisen gelang, daß wirklich Nützliches damit erreicht werde. Sie lehnte gestern die Forderung mit überwiegender Mehrheit ab und fügte dem Ausschusstantrage nur den Wunsch hinzu, daß die Regierung ihr Möglichst thun wolle, die Befestigung von Seiten des Bundes zu beschleunigen. (Pr. 3.)

[Feindselige Haltung gegen Preußen.] Aus der Sitzung vom 2. Mai ist folgende (eben so klare als eigenhümlich charakteristische) Neuherzung des Ministers v. Borries nachzuzeigen: In der Herstellung einer preußischen Centralgewalt liege eine Mediatisierung der deutschen Fürsten, zu der es, so lange das Recht noch heilig sei, nicht kommen dürfe; auch würden auf jede Weise die deutschen Fürsten einem solchen Plane entgegentreten, und nötigenfalls sich entweder unter einander gegen Den verbünden, der die Militärhoheit in die Hände bekommen solle, oder Alianzen schließen mit auswärtigen Mächten, die dazu sehr geneigt sein würden, hoch erfreut, auf solche Weise die Hände in deutsche Angelegenheiten stecken zu können. Und das in Aussicht zu stellen, scheut sich der Minister eines deutschen Staates nicht! (D. R.)

Sachsen. Leipzig, 6. Mai. [Nicht bestätigte Stadtrathwahl.] Die von der Kreisdirektion getroffene Entscheidung rücksichtlich der Wahl des Buchhändlers Gustav Mayer zum Stadtrath (s. Nr. 101) ist vom Rath den Stadtverordneten abschriftlich mitgetheilt und im Bureau des Stadtverordneten-Kollegiums ausgelegt worden. Die Schrift lautet nach der „D. A. B.“:

Die königl. Kreisdirektion trägt Bedenken, der vom Stadtrath zu Leipzig unter dem 31. v. (S. d.) einberichteten Wahl des Buchhändlers Gustav Mayer hier selbst zum Rathsmittel auf Zeit die nachgejagte Bestätigung zu ertheilen. Die Beweggründe dieser (formell auf §. 208 der Allgemeinen Stadteordnung beruhenden) Entscheidung will man, obwohl es an sich keiner befördern Motivierung bedarf, den Beheligen nicht vorenthalten. Gustav Mayer hat bei Annahme seiner Wahl in einem aus Neapel datirten Schreiben dem Ratthe gegenüber ausdrücklich das Bedenken zu erkennen gegeben, ob nicht möglicherweise in der beiderseitigen Auffassung der deutschen Frage, über welche er den Standpunkt des Nationalvereins theile, einige Schwierigkeiten für ein gedeihliches Zusammenwirken liegen könnten, mit dem Beifügen, daß er es für seine Pflicht halte, dieses Bedenken auszuprächen, einmal, weil er glaube, daß gerade die seine Ansicht ein Grund seiner Wahl gewesen, und andererseits, weil seine Entfernung eine genaue Beurtheilung der Sachlage verhindere. Inwieweit jene Bedenken tatsächlich begründet gewesen, kann hier unerörtert bleiben; jedenfalls erhellt aber aus Mayer's Auslassung so viel, daß er seine stadträthliche Thätigkeit von einer politischen Wirkamkeit nicht getrennt zu denken vermag, daß er vielmehr von der Ansicht aus geht, er werde bei Verwaltung des ihm übertragenen Ehrenamtes nicht bloß Gelegenheit, sondern

seinen Wählern gegenüber eine gewisse moralische Verpflichtung haben, seine politischen Ansichten geltend zu machen. Bei der bekannten Tendenz des sogenannten Deutschen Nationalvereins muß es aber an sich schon bedenklich erscheinen, jemand, der sich offen dazu bekennet, so achtungswert an sich diese Öffentlichkeit ist, als Mitglied einer obrigkeitlichen Behörde des Königreichs Sachsen zu bestätigen; denn es liegt auf der Hand, daß ein Mann, der der Richtung jenes Vereins unbedingt folgt, überall da, wo das Letztere Bestrebungen mit den verfassungsmäßigen Verhältnissen seines Vaterlandes sich nicht in Einklang bringen lassen, auch in Konflikt zwischen seiner politischen Ansicht und den mit dem Amte übernommenen Pflichten kommen muß. Unter solchen Umständen vermag die Regierungsbehörde, so aufrichtig sie bei der anerkannten Intelligenz und sonstigen Fähigkeiten, dem ehemaligen Charakter und der unabhängigen bürgerlichen Stellung des Gewählten dies bedauern muß, die erheblichen Bedenken, die ihr gegen die Bestätigung Mayer's beigegeben, nicht zu unterdrücken, und sich nicht dem vollen Vertrauen hinzugeben, daß der Gewählte unter allen Umständen und Zeitverhältnissen zu aufrichtiger Erhaltung der bestehenden gesetzlichen Zustände gegen äußere und innere ungerechtfertigte Bestrebungen ratslos einwirken werde. In Folge der vorliegenden Entwickelung, welche Maßgabe von §. 209 der Allgemeinen Stadteordnung die zur Wiederbefestigung der erledigten Rathsstell erforderliche Wahl selbst vorzunehmen haben, und ist der Erfolg anher anzusehen. Leipzig, 11. April 1860. Königliche Kreis-

direktion. v. Burgdorff.

Das obenerwähnte Schreiben Gustav Mayer's lautet:

Neapel, 12. März. An den Stadtrath zu Leipzig. Geehrte Herren! Das lange Ausbleiben Ihres geneigten Bescheids auf meine sofortige Erklärung vom 6. Januar, die mir unter dem 22. Dezember 1859 mitgetheilt, auf mich gefallene Wahl zum Stadtrath betreffend, läßt mich befürchten, daß Ihnen diese meine Annahmeerklärung nicht zugegangen ist; ich wiederhole diez dagegen hiermit; ebenso das Bedenken, ob nicht möglicherweise in der beiderseitigen Auffassung der deutschen Frage, über welche ich den Standpunkt des Nationalvereins theile, einige Schwierigkeiten für ein gedeihliches Zusammenwirken liegen könnte; ich halte es für meine Pflicht, dies vielleicht unbegründete Bedenken auszuprächen, einmal, weil ich glaube, daß gerade diese meine Ansicht ein Grund meiner Wahl gewesen ist, und andererseits, weil meine Entfernung eine genaue Beurtheilung der Sachlage verhindert, deren möglicherweise berichtigende Auffassung ich mit vollem Vertrauen von Ihnen erwarte. Mit vollster Hochachtung u. c. G. Mayer.

Bayern. Aschaffenburg, 5. Mai. [Prügelstrafe.] Die hiesige Zeitung spricht sich mit großer Indignation darüber aus, daß am 30. v. M. Abends an einigen auf dem Durchmarsch befindlichen österreichischen Soldaten, weil sie nach dem Zapfenstreich im Wirthshause betroffen worden, im Bahnhofe die Prügelstrafe erexutirt worden sei.

Hessen. Hanau, 4. Mai. [Todesurteil.] Gestern Abend ist in dem Nolteischen Kriminalprozeß der Wahrspruch der Geschworenen erfolgt. Die Thätigkeit des Angeklagten ist einstimmig, ebenso die Tötungsabsicht, und mit 10 Stimmen die den Raubmord zum Gegenstand habende Frage bejaht worden. Das Urteil lautete auf Hinrichtung durch das Schwert. Mit allen Stimmen haben die Geschworenen den Verurtheilten der landesherrlichen Gnade empfohlen.

Fulda, 4. Mai. [Auswanderung.] In den letzten vierzehn Tagen haben wieder gegen 30 Leute aus der hiesigen Provinz um Entlassung aus dem Unterthanenverbande oder um Ertheilung von Reisepässen behufs Auswanderung nachgesucht. Darunter befinden sich mehrere Familienväter, deren Familien unter der obigen Zahl nicht mitbegriffen sind. Das Ziel der Reise ist Amerika, Preußen und Bayern. (G. M. B.)

Mecklenburg. Schwerin, 5. Mai. [Eine Entscheidung des Ober-Appellationsgerichts] zu Rostock, die jüngst auf Anlaß eines im Dezember 1858 auf dem Landtag stattgehabten Konflikts, herbeigeführt durch einen Antrag des Herrn Maneke-Duggenoppel, erlassen worden, ist von großer Bedeutung für die künftige Wirklichkeit unserer Stände. Dem Landtags-Direktorium wird darin eine Befugnis abgesprochen, die es sich seitdem immer angemaßt und obgleich sie ihm bestritten wurde, dennoch ungehindert geübt hat. Der erwähnte Maneke'sche Antrag forderte Vorlegung und Prüfung der Vereinsakte vom 3. Dez. 1795, aus welcher die adelige Ritterschaft ihre Vorrechte herleitet. Das Direktorium verweigerte, diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen. Herr Hillmann-Scharfforff brachte die Sache zur richterlichen Entscheidung. Die Justizkanzlei zu Güstrow wies die Klage durch Dafür ab, weil es sich um eine durch den Zivilrichter nicht zu schließende Frage des öffentlichen Rechts handle. Das Ober-Appellationsgericht, das höchste Gericht des Landes, hat jedoch entschieden, daß der Landtag selbst darüber zu beschließen habe, ob ein Antrag zur Abstimmung zu bringen sei oder nicht, das Direktorium sei über die ihm zustehende und obliegende Kompetenz hinausgegangen. Mit dieser Entscheidung ist die Usurpation des Direktoriums über das Landtags-Plenum als gebrochen anzusehen. (B.H.)

Großbritannien und Irland.

London, 4. Mai. [Tagesbericht.] Der Kanzler des Schatzkammer, Herr Gladstone, hat sich von seiner schweren Entlastung so weit erholt, daß er vorgestern wieder im Stande war, sich in seinem Amtssalon in Downing-Street einzufinden. Man hofft, daß er heute wieder auf seinem Platz im Unterhause erscheinen wird. Der greife Admiral, Graf Dundonald (früher Name Lord Cochrane berühmt), ist so gefährlich erkrankt, daß seine Gemahlin, obgleich selbst sehr leidend, von Frankreich herüberreiste, um sich seiner Pflege zu widmen. Dundonald ist in der Mitte der Achtzigster. Man wurde es sehr bedauern, wenn er seine Selbstbiographie, von welcher 2 Bände erschienen sind, nicht vollenden könnte. — Im Laufe der Nacht vom 2. zum 3. d. geriet beim großen Nordbahnhof gelegene Hotel, eines der größten Londons, in Brand. Den Schade durch Feuer und Wasser ist sehr bedeutend, doch ging zum Glück kein Menschenleben verloren. — 250 Briefträger und Sortire haben ein Geschäft an den Generalpostmeister um Verbesserung ihrer Gehalte eingereicht. P. S. ist der höchste Wochenhonorar, den sie nach 15jähriger Dienstzeit zu vernehmen haben, aber auch sonst bitten sie, daß sie durch Vermehrung des Dienstpersonals eines Theils ihrer Arbeit entbunden werden, die nachgerade aufreibend zu werden droht. Die Regierung, die jetzt schon eine Rettorevenue von anderthalb Mill. Pfd. St. von der Post bezieht, wird nicht umhin können, ihrem Ansuchen teilweise zu willfahren, wird sich auch in nicht gar fernem Zeit dagegen bequemen müssen, der Hauptpost ein größeres Gebäude anzulegen oder das bestehende zu erweitern. — Wir berichteten neulich über die Schadhaftigkeit einer großen Anzahl verhältnismäßig noch ziemlich neuer englischer Kanonen- und Mörserboote. Zu Chatham ist jetzt eine Unterjuchung dieser Fahrzeuge im Gang, die bis jetzt sehr ungünstige Resultate geliefert hat. Man fürchtet, daß sie herauststellen, daß fast alle dort liegenden Kanonenboote an der Falle erlegen. Die „Times“ meint, soviel habe sich bis jetzt schon aus der Untersuchung ergeben, daß über das bisherige System, welchem zufolge die Admiraltät Kriegsschiffe in Privat-Etablissements bauen ließ, ohne daß eine Inspektion von Seiten der Regierung stattfand, der Stab gebrochen werden müsse. — Bei dem neulich abgehaltenen Meeting des Vereins zur Verbreitung der Bibel in fremden Landen, wurde die Mittheilung gemacht, daß gegenwärtig über 300 Missionare in allen Theilen der Welt für die Zwecke des Vereins thätig sind, und daß es vornämlich in Indien von Wichtigkeit sei, ihre Zahl zu vermehren. — Britische Postblätter zufolge verspricht die Auswanderung aus Irland in diesem Jahre eben so großartig wie nach dem großen Notjahr von 1846-47 zu werden. Es sollen sich zuerst armere Leute anschicken, ihren Verwandten oder Freunden, die sie mit Reisegeld versehen haben, über das Meer nach den Vereinigten Staaten zu folgen. — Tom Sayers feierte vor einigen Tagen in Liverpool einen noch großartigeren Triumph als auf der Londoner Börse. Seine Verehrer spannten

ihm bei seiner Ankunft die Pferde aus und zogen ihn nach dem Talbot-Hotel (!), wo er sich bald daraus dem jubelrufenen Publikum am Fenster zeigte. Zufällig ereignete es sich, daß an denselben Tage in London vor dem Polizeigericht von Westminster ein Mann Namens Tyler erschien, der in „ehrlichem Haftkampf“, wie selbst der Polizeisergeant, der ihn verhaftet hatte, bezeugen mußte, seinen Gegemann Weller erschlagen hat. — Einer der Hamburger „Börsenhalle“ mitgeteilten telegraphischen Privatdepesche zufolge, ist per Telegraph aus China die Nachricht eingegangen, daß die Streitfragen erledigt sind.

— [Parlament.] In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwähnte Russell auf eine desselbe Anfrage Baillie's, es sei nicht wahr, daß die Expedition nach China bis zur Ankunft Lord Elgin's aufgehoben werden solle, er hoffe, die Operationen würden vor der Ankunft Lord Elgin's bereits beendet sein. Auf eine Frage Cochrane's antwortete Russel: Neapel habe Englands Verwendung bei Piemont erbetan, um eine Expedition Garibaldi's zu verhindern. England habe deswegen bei Piemont remonstriert, wie es auch vorher wegen des Regierungssystems Neapel Vorstellungen gemacht habe. (Tel.)

London, 5. Mai. [Preußen und Dänemark.] Die „Times“ spricht heute in einem längeren Artikel die Ansicht aus, daß Preußen, anstatt sich auf einen Krieg gegen Frankreich vorzubereiten, in Dänemark interveniren wolle, und meint, daß Frankreich einen Krieg zwischen Preußen und Dänemark wünsche. Derselbe würde Schweden, Norwegen und Dänemark zu einem Körper, der Frankreich zur Verfügung stände, vereinigen. England werde seinen Einfluß anwenden, um Preußen zu bestimmen, seinen Streit mit Dänemark zu vertagen.

Frankreich.

Paris, 4. Mai. [Tagesbericht.] Die Reise des Kaisers und der Kaiserin nach Nizza und Savoyen ist verlegt worden und soll jetzt erst im Monat Juni stattfinden. Der kaiserliche Hof will sich Ende Mai auf vierzehn Tage nach Fontainebleau begeben, wo hohe Gäste erwartet werden. — Die Abreise des Marquis de Lafayette, der heute nach Konstantinopel abgegangen ist, wurde wegen der Lage der Dinge im Orient befehligt. An dieser offiziellen Stelle versichert man jedoch, die orientalische Frage solle noch nicht zur Sprache kommen, und Herr v. Budberg sei nicht dieserthalb nach Paris gekommen. — Der König von Sardinien wird am 9. Mai in Turin zurückkehren. — Das Gerücht von einer bevorstehenden Reise des Kaisers und der Kaiserin von Österreich nach Fontainebleau erhält sich. (?) — Der Admirälsrat hat sich gegen die Abschließung eines Schiffahrtsvertrages auf Grundlage des Lindsay'schen Vorschlags ausgesprochen, indem er fürchtet, „ein solcher Vertrag würde den Ruin der französischen Kriegsmarine nach sich ziehen“. Auch der Minister, Admiral Hamelin, soll diese Ansicht teilen. — Der Kaiser und die Kaiserin sind beim gestrigen Pferderennen im Boulogner Gehölze zu Pferde erschienen. — Dem Senat liegt eine Petition vor, in welcher Herr Beschu in Hinblick auf die Wahl des Herrn Dalmat zum Deputirten ein Senatskonsult beantragt, welches das organische Dekret über die Legislative dahin modifizieren soll, daß künftighin Kammerherren oder sonstige zum Haushalt des Kaisers gehörige Personen nicht zu Deputirten gewählt werden dürfen. — Die Regierung hat einer englischen Compagnie Auftrag gegeben, ein elektrisches Kabel von Toulon nach Ajaccio und ein anderes von Marseille nach Alger zu legen.

Die Einführung des Pater Lacordaire in die Academie soll in diesem Jahre noch nicht, sondern erst im nächsten Jahre stattfinden, weil es unter den gegenwärtigen Verhältnissen doch für zu gewagt gehalten wird, zwei Männer wie Lacordaire und Guizot sich gegeneinander über Alexis de Tocqueville aussprechen zu lassen. — Herr v. Piennes, Gesandtschaftsattaché des Herrn v. Brenier in Neapel, ist vorgestern, über Rom kommend, mit Depeschen hier eingetroffen. Wie man hier vernimmt, hat der König von Neapel dem heiligen Vater 10,000 Feuerwehre, worunter 2000 gezogene Büchsen, zu führen legen lassen. — Generalstaatsprokurator Dupin hat bei Henri Plon ein Werk über die Geschichte der Freiheiten der galikanischen Kirche herausgegeben. Dasselbe umfaßt diese ganze wichtige Angelegenheit von der ersten Redaktion der 83 Artikel dieser „Liberté“ durch Pierre Pithou 1594, bis auf die Rede, welche Dupin kürzlich in den Petitionsdebatten im Senate gehalten hat. — Die italienische Feldzugsmedaille der französischen Armee soll nun auch der ganzen sardinischen Armee ertheilt werden. — Dreißig heute im „Moniteur“ namhaft gemachte Offiziere der königlichen sardinischen Marine sind „für die Dienste, welche sie während des Krieges der italienischen Unabhängigkeit im Jahre 1859 sowohl in der Schiffsdivision des Adriatischen Meeres als auch zu Lande geleistet haben“, mit dem Orden der Ehrenlegion dekorirt worden. — In der diplomatischen Welt ist von einer ernsten Diskrepanz zwischen unserer Regierung und dem Turiner Kabinett die Rede. Graf Favre verlangt die Zerstörung der Befestigungen des Mont Cenis, und es ist nicht zweifelhaft, daß die Opposition, die im piemontesischen Parlament gegen die Anerkennung von Savoyen und Nizza zu erwarten ist, diese Frage mit großem Gewicht behandeln und von ihrer Entscheidung die Genehmigung des Vertrages abhängig machen wird. — Man sagt, die Abreise Garibaldi's nach Sicilien sei auf Vorstellungen des Königs Victor Emanuel hintertrieben worden, und die Veranlassung zu dieser Einwirkung des Königs habe ein Schreiben des Kaisers gegeben, das sehr dringend von jeder Beteiligung Sardinien an der Bewegung in Sizilien, die man hier als eine hoffnungslose betrachtet, abmahn. —

Der „Saison“, der jüngst von Marseille mit einer Sendung Arbeiter und Maschinen für Egypten zum Behufe der Durchsteckung des Suezkanals abging, ist in den Gewässern von Korsika mit Mann und Maus zu Grunde gegangen. — In Bayonne meldete sich jüngst zur Aufnahme in ein Hospital ein Ehepaar, wovon der Mann, laut Tauschein, 108 und die Frau 107 Jahre alt ist. — Die Bresse, das jüngste Departement des Ain, bringt jährlich durchschnittlich 382,000 Stück fettes Geflügel zu Markt, das wegen seiner ausgezeichneten Zartheit in ganz Frankreich berühmt ist. Die Röstung geschieht mit Buchweizen, weitem Mais und Weizen. Der „Moniteur“ veröffentlicht das Verfahren, wodurch in der Bresse die Bauerfrauen jährlich viele Lausende verdienen.

— [Zurechtweisung der deutschen Presse.] Der im Vertrauen der Regierung stehende „Constitutionnel“ bringt einen ihm zugesetzten (von uns schon in Nr. 104 erwähnten) Artikel, der ganz speziell für die deutsche Presse bestimmt ist, weshalb wir denselben auch möglichst ausführlich mittheilen wollen, schon weil er die in maßgebenden Kreisen herrschende Stimmung wiedergibt. Das genannte Blatt findet es unbegreiflich, daß nachdem die Großmächte anerkannt haben, daß sie keine ernstlichen Einwendungen gegen die Einverleibung Savoyens und Nizza's in Frankreich zu machen hätten, es noch Blätter in Europa gebe, die „unverständlich und unvorsichtig genug“ seien, um eine erschöpfte Debatte durch Aufstachelungen und Leidenschaften wieder zu erneuern:

„Das ist dennoch“, sagt der „Constitutionnel“, „die Rolle eines gewissen

Theils der deutschen Presse, besonders der preußischen. In Betreff des allgemeinen Stimmrechts bringt sie ihre Klagen vor und gibt ihre Angst (!) kund. Man wird nicht von uns erwarten, daß wir diesen Kundgebungen die Ehre (!) einer gründlichen Widerlegung (sie) erweisen und ihnen so eine ganz unverdiente Wichtigkeit beilegen. Wir wollen nur ihre Ungerechtigkeit, Unrichtigkeit, und, sagen wir es gerade heraus, ihre Unethlichkeit (mauvaise foi) andeuten. Diese Blätter, welche vor Schrecken in Ohnmacht zu fallen scheinen, weil sie das allgemeine Stimmrecht eine Grenzberichtigung zu Gunsten Frankreichs bestätigen sind, sind gerade diejenigen, welche seit dem Frieden von Villafranca ihre Sympathien für die annexionistischen Streben Mittelitaliens am Lärmboden fundgaben. Giebt es denn zweierlei Gewicht und Maß? Nebrigens kann man die Frage nicht frecher einstellen (!), als es gewisse Blätter jenseits des Rheins thun. Wenn man sie reden hört, so hätte Frankreich seine Alpengrenze nur mittels des allgemeinen Stimmrechts wieder erlangt. Das heißt zu sehr vergessen, daß die Frage mit der unmittelbaren freien und souveränen Zustimmung des Königs von Sardinien gelöst worden; das allgemeine Stimmrecht ist erst dann befragt worden, als das Volk seines Eides entbunden war, und sich ohne Untreue wie ohne Unanständigkeit aussprechen konnte. Keine Handlung der kaiserlichen Regierung trägt in höherem Grade das Gepräge dieser vollkommenen Mäßigung (!) und Achtung vor allen Rechten, welche nicht weniger als seine militärischen Erfolge dazu beigetragen haben, den Ruf und den Einfluß Napoleons III. so hoch zu erheben. Was will denn diese schlecht inspirierte (?) Presse von uns? Welches wichtig Interesse treibt sie, öffentlich ihre zugleich traurigen und lächerlichen Inkonsistenzen zur Schau zu stellen? Möge sie mich blicken, rückwärts und auch vorwärts. Hat sie nicht die italienischen Anschlüsse vertheidigt? Hat sie nicht gewisse deutsche Anschlüsse empfohlen? (!!) Würde sie dem allgemeinen Stimmrecht nicht die schlagenden Tugenden zuerkennen, wenn man vorschläge, es auf einige umliegende Herzogthümer, und selbst auf Schleswig, das nicht deutsch ist, anzuwenden? Mit welchem Rechte mischt sie sich denn mit so verdächtigem Eifer in eine Frage, welche Preußen viel weniger interessiert, als gewisse Mediationsfragen, die von Preußen nach 1848 vorgenommen wurden, Frankreich interessieren könnten? (Welche schamlose und freche Eigel) Haben die französischen Blätter im Jahre 1850 Lärm gemacht, als Preußen, indem es die Fürstenthümer Hedingen und Sigmaringen annahm, wie wollen sagen mediatisirt eine entstiegliche Entstaltung und Begriffswirrung ist kaum zu denken. Die hohenzollernschen Lande wurden auf wiederholten Wunsch ihrer Herrscher, vermittelst eines Alten antizipirter Erfolge mit Preußen vereinigt, sich zwischen Württemberg und das Großherzogthum Baden stellte, sich auf die Weise einen der Schwarzwaldpässe, den Lauf des oberen Neckar, eine Stellung an der Donau und die Straße nach Basel sicherte? Hofsinn wir, daß unsere heizblütigen Kollegen jenseits des Rheins bald in sich geben werden. Es sieht viel daran, daß die öffentliche Meinung in Deutschland ihre Deklamationen ernstlich nimmt; man sieht darin nur einen Versuch der Journalisten, welche die Vorbeeren des „Times“ nicht schlafen lassen, und mit denselben Mitteln wie gewisse Korrespondenten dieses Blattes, denselben Standpunkt zu erreichen hoffen. (!) Man braucht übrigens nur die letzten Depeschen des Berliner Kabinetts zu lesen, um zu begreifen, wie sehr diese Blätter die Ansichten der Regierung und die wahren Interessen Deutschlands verleumden. Es ist dies aber kein Grund, um ihre Anschuldigungen unbeantwortet zu lassen; und ihre Ohnmacht darf für sie keine Begründung gegen die Ungestraftheit sein. (Das ist doch wenigstens frech gesprochen.) Das „Payas“ stimmt übrigens in denselben Ton ein.

Schweden.

Bern, 3. Mai. [Adresse an den Papst; die Konferenz.] Eine interessante Tageserscheinung bietet die Landsgemeinde, welche legten Sonntag im Kanton Unterwalden und dem Wald gehalten wurde, nicht sowohl wegen der daselbst vorgenommenen politischen Verhandlungen als wegen der beschlossenen Heiligungssache an den Papst. Diese Demonstration ist als Antwort zu betrachten auf die in den hohen Regionen der Bundesstadt und in den protestantischen Kantonen vorherrschende Beurtheilung der italienischen Verhältnisse. — Man glaubt hier selbst nicht an das Zustandekommen einer Konferenz bezüglich der Savoyer Frage. Wie ich vernehme, herrscht bei mehreren Mitgliedern des Bundesrathes die Ansicht vor, für den Fall des Mislingens des Konferenzprojektes die Bundesversammlung einzuberufen, damit sie sich definitiv anspreche und dem Bundesrath die Verantwortlichkeit längeren Zusehens abnehme. (K. B.)

Bern, 4. Mai. [Konferenz.] Der Bundesrath hat mit Rücksicht darauf, daß die Grenzregulirung zwischen Sardinien und Frankreich für Savoyen mit dem 1. Mai begonnen habe und das sardinische Parlament vor Beendigung derselben sich nicht mit dieser Frage beschäftigen wird, somit also die Abhaltung der Konferenz noch lange hinausgeschoben werden könnte, nochmals auf baldige Abhaltung derselben gedrungen. (Tel.)

Genf, 30. April. [Die Abstimmung in Savoyen.] Dieselbe Macht, welcher es nicht darauf ankommt, in Bonneville, das nur 2000 Einwohner hat, 2775 mit Ja abstimmen zu lassen, läßt ihre Fahne einsegeln und die Abstimmung mit dem Kläng der Glocken eröffnen! Freilich war auch Trommelschlag dabei. Ein Korrespondent der „Revue de Genève“ aus Bonneville deutet so laut gepräsene Freiheit der Abstimmung dahin, daß den in feierlichem Zug zur Abstimmung sich Begebenden volle Freiheit gelassen wurde, mit dem rechten oder linken Fuße anzutreten. Ein Anderer vergleicht die Anstrengungen der Behörden mit dem Versahren der amerikanischen Stämme in den Prairien, die, wenn sie von Weitem eine Heerde Büffel erblickten, dieselbe in einem großen Kreise umschließen, auf ein gegebenes Zeichen denselben allmälig zusammenzuziehen, um so die Heerde der Wüste auf einen Punkt zusammenzudrängen. Wo bleiben die 12,000 Unterzeichner der Adresse an die Schweiz? Wo die Mitglieder der liberalen Partei, welche sich der Abstimmung zu enthalten erklärt? Den Druckereien war verboten worden, Stimmzettel mit Nein zu drucken, die mit Ja mussten verwendet werden; war die gewünschte Zahl voll, so wurden die Zettel mit Nein wahrscheinlich einfach weggeworfen. Der Geistliche in Bonneville schloß seine Rede nach Einsegnung der Fahne mit dem Rufe: „Es lebe der Kaiser, es lebe die kaiserliche Prinzessin (Klotilde!), es lebe Lamoricière!“ Am Abend wurde von einer Kinderschar öffentlich ein Lied, La Cascade, als Antwort auf die Eskalade Genfs gesungen. Wurde das Lied von den Schulmeistern einstudiert, welche den Kindern Anstand und Sittlichkeit einzuprägen haben? Ein Circular des Inspektors Graglia, welches mit ziemlicher Ruhe und Würde denselben die neuen Prinzipien vorlegte und zur Befolgung derselben aufforderte, wurde zu kalt gefunden; ein zweites folgte darauf, ist aber in einem so lächerlich schwülstigen Style abgesetzt, daß es wie Ironie lautet. Es heißt u. A.: Sehet dort am Horizonte diese glänzende Sonne aufsteigen, welche die Nebel verscheucht, den Winden Einhalt gebietet und den Sturm zum Schweigen bringt. Daneben wird den Schulmeistern in diesem Circular so fabelhaft geschmeichelt, ihre Würde so bis in den siebenten Himmel erhoben, daß man ein Schriftstück aus dem himmlischen Reich China zu lesen glaubt. Die „Revue de Genève“ heilt doch auch einige mutige Züge von Opposition mit; so haben sich 30 Einwohner eines Ortes das Nein an die Hüte gesteckt. Von der Gemeinde Gy schickten 16 Einwohner die Summe von 11 Fr. 50 C. als Beitrag zu dem Ehrengeschenk, das Sir Robert Peel in Genf überreicht wurde. (S. M.)

Italien.

Turin, 2. Mai. [Die Grenzregulirung; Pietri's Leistungen; die Opposition; Cialdini &c.] General Fanti hat endlich eingewilligt, wieder im Ministerium zu bleiben. Seine Entlassung wollte er geben, weil man sich in der Grenzbestimmungsfrage nicht zu einigen vermochte. Die französischen Stabsoffiziere, welche abgeschieden wurden, um die Abgrenzung im Einverständnis mit den sardinischen vorzunehmen, haben ganz unannehbare Anprüche erhoben, und man konnte sich durchaus nicht mit ihnen verständigen. Fanti verlangte die ganze Hälfte der Mont-Cenis-hohe Ebene. Endlich hat man sich jetzt, Dank der Vermittelung des Herrn Riggi in Paris, dahin geeinigt, daß Frankreich den kleinen Mont Cenis und das Terrain von Lessillon bekommt, sich aber verpflichtet, das Fort zu schleifen und auch keines wieder zu errichten. Nun wird man auch über die anderen Detailfragen bald handelns-eins werden. — Wie Ungewöhnliches Herr Pietri geleistet hat, mag man aus dem Umstände entnehmen, daß in seinem Bericht über die Niżzaer Abstimmung 7000 Abstimmende figuriren, während in Wirklichkeit nur 4000 an die Urne gingen. — Herr Oldofredi, Direktor der Victor-Emanuel-Bahn, ist nach Paris abgereist. Es handelt sich um den Verlauf einer Strecke dieser Bahn. — Die Opposition, Ratazzi an der Spitze, ist fest entschlossen, in der Abtreitungsangelegenheit die Regierung unerbittlich anzugreifen. Favre sei neuerdings wird, wenn es nothwendig, das Parlament auflösen. Gestern haben die anwesenden Deputirten sich gezählt; aber es hat wegen Mangels der vorchristmäßigen Anzahl von Vertretern keine Sitzung gebalten werden können. Freitag wird man sich wieder versammeln, aber eine erste Verhandlung wird erst nach Rückkehr der Minister, die alle in Bologna sind, stattfinden. — Über Sizilien werden ständig die entgegengesetzten Gerüchte verbreitet. Den Einen zufolge ist Alles aus, Andere meinen, es brenne der Kampf in vollen Flammen. Auch werden in Brescia und Mailand Proklamationen verkauft, in denen es heißt, Garibaldi sei bereits auf dem Wege nach Sizilien, um dem Volke beizustehen. — Cialdini, welcher die Truppen der Emilia befehligt, hat Verstärkungen verlangt. La Cattolica soll ernstlich in Vertheidigungszustand versetzt werden. Cialdini hat ungefähr 30,000 Mann, die aber größtentheils auf dem Lande zerstreut sind. Bei Rimini sind kaum mehr denn 10,000 Mann konzentriert. (K. B.)

— [Tagesnotizen.] In der Kammer, welche kaum 40 Mitglieder anwesend, daher keine Sitzung abgehalten wurde. Der Präsident hat die nächste Sitzung für den 4. d. anberaumt. Die heutige „Unione“ versichert, Briefe aus Rom melden eine neue Ministerkombination: Merode, Krieg; Corelli, Polizei; Falloux, Finanzen; Talbot, Inneres; auch der Kardinal Wiseman soll in das neue Ministerium eintreten. — Die sardinische Regierung scheint die Eisenbahn von Genua nach Pisa übernehmen zu wollen, und verlangt vom Parlament einen Kredit von 70 Millionen Lire. — In Livorno haben die Getreidefachins die Arbeit wegen Verweigerung der Lohnverhöhung eingestellt. — Garibaldi hat Genua nicht verlassen. — Der Erzbischof von Florenz soll sich beim Papste schriftlich wegen seines Verhaltens entschuldigt haben. — Der Kardinal Biale-Prelà ist in Bologna schwer erkrankt.

Turin, 3. Mai. [Starker Schneefall.] In der vorigen Woche ist der Winter wieder mit aller Macht zurückgekehrt. Die Berge sind fast bis zur Ebene herab mit Schnee bedeckt; ja in den benachbarten, etwas höher als Turin gelegenen Provinzen bedekt dieselbe die Erde fuhroh. In den Bergen liegen mächtige Schneemassen, deren vorauszusehendes schnelles Thauen die Uferbewohner der Flüsse jetzt schon mit Angst erfüllt. Diese Schneemassen haben auch die Straße über den Mont Cenis für Fußgänger unwegsam gemacht. (K. B.)

Nizza, 26. April. [Reaktion gegen Annexion.] Seit zwei Tagen bereitet hier die italienische Partei eine Protestation gegen die Art und Weise der letzten „Volksabstimmung“ vor. In diesem Schriftstück, welches man dem Parlament in Turin zu überreichen beabsichtigt, soll durch eine lange Reihe von Zeugen und deren Unterschriften die schmähliche Bestechung, Einschüchterung, so wie eine Unzahl von Fällen des größten Betruges bei Gelegenheit der Abstimmung dargelegt werden. Die notabelsten Einwohner der Stadt haben diese Protestation bereits unterzeichnet und werden sie später durch eine Deputation dem Parlament vorlegen lassen. Die Erbitterung gegen Favre ist hier eine allgemeine. Ihm allein schreibt man natürlich, und wohl mit Recht, diesen Länderschächer zu, der fünfhundertjährige Bande entzweit und selbst die konstitutionellen Landesgelege zu einer bloßen Komödie herabwürdigte.

Florenz, 24. April. [Toleranz; Forderungen der Presse.] Während zur Rechtfertigung und Verherrlichung des Anschlusses von Nizza Frankreich sogar die Juden klagen über pie-montesische Unterdrückung und Jubel über französische Religionsgleichheit in öffentlichen Schreiben niederlegen ließ, bemüht sich Victor Emanuel, seinem kaiserlichen Verbündeten das Gegenteil zu beweisen, indem er nicht nur zu den Staatsräten, sondern auch zu seinen Freunden die Juden herbezieht, die bei dem letzten Hofball im Palast Pitti bis zum einfachen Handelsmann herab sehr stark vertreten waren. Die ungewöhnliche Härte der großherzoglichen Regierung gegen Judentum und Protestantismus ist eben, wie es in allen Dingen in der Welt einmal geschehen muß, in ihr Gegenteil umgeschlagen. Die Florentinischen Protestanten haben bereits sieben Befälle. Früher war es den Katholiken hier verboten, ohne besondere Erlaubniß des Bischofs oder dessen Vertreters, in einem jüdischen Hause Privatunterricht zu geben. — Nachdem „Il Risorgimento“ dem Direktor von „La Nazione“ die Krone beider Sicilien angeboten, und über den Einzug des Königs in Florenz einen überchwältigenden Jubelartikel geliefert hatte, der alles was „Monitore“ und „La Nazione“ in diesem Genre geleistet, übertraf, ist er wieder einmal seit acht Tagen suspendiert, und, wenn wir nicht irren, für so lange als der König in Toskana weilt. „La Nazione“ wird mit ihren Forderungen, daß man endlich einmal in Toskana dieselben Freiheiten, wie in den übrigen Provinzen des Reichs“ geben solle, immer zudringlicher. Ist es ihr schon unerträglich, daß in Toskana ein besonderes Preßgesetz, nämlich das vom 17. Mai 1848, besteht, so scheint es ihr ganz besonders ein Gräu, daß auch dieses Preßgesetz in Wahrheit nicht einmal besteht, indem die einschränkenden Bestimmungen und Verlausulirungen, welche Landucci, der reaktionärste aller großherzoglichen Mi-

nister, im Jahre 1849 und später dazu brachte, auch noch heute nach willkürlichen Befinden angewandt werden. Sie schließt mit den Worten: „Wir verlangen, daß das sardinische Gesetz über die Presse auch bei uns sofort promulgirt werde. Wir erwarten deshalb, daß die Regierung Toscana's, welche die Autorität und die Pflicht hat, es zu thun, diese Gesetze ohne jeglichen Verzug publire.“ Sie stützt sich bei diesem Verlangen auf den Minister Farini, der am 13. April im Parlament amtlich den toscanischen Deputirten erklärte, daß das Statut nun auch in Toscana gleiche Kraft wie in Piemont haben müsse. Es ist nun abzuwarten, ob Diktatur oder sardinische Preszfreiheit kommen wird. (A. 3.)

[D e s t r e i c h i s c h e B e f e s t i g u n g e n a m P o.] Die österreichischen haben Borgoforte durch einen Brückenkopf befestigt, der auf dem rechten Ufer des Po durch vier Forts vertheidigt werden soll. Das große Fortifikationssystem zwischen Borgoforte, Bonadonna und Buscaldo ist in Angriff genommen und kann als ein ungeheuerer Versuch bezeichnet werden; es sind 1200 Arbeiter fortwährend bei dem Baue beschäftigt und er wird wenigstens sechs Millionen Gulden kosten. Diese Auslage ist um so bedauerlicher, als sie sich nur im Falle eines Angriffes auf Mittel-Italien lohnen würde. (R. 3.)

Rom, 29. April. [Römisches Zustände.] Die klerikalen Blätter registriren eine Menge von Wohlthätigkeitsaltären, womit der Papst etwa hundert Parochien verschiedener Provinzen in der Osterwoche beglückt hat. Solche Handlungen aber pflegen nach alter Erfahrung hier kaum den Dank des Augenblicks einzutragen. Anerkennenswerth ist die neue Bestimmung, wie der nun auch aus Amerika nicht spärlich eingehende Petersgroschen unter diesen bellkommenen Verhältnissen angelegt werden soll: man will Arbeitlose dafür beschäftigen. Fabriken und Manufakturen sind aber nicht da, und beim Eisenbahnbau ist keine Aussicht, weil die notthige Zahl der Tagelöhner von den Unternehmern schon früher mittels Kontrakts gedungen ward. So bleibt weiter nichts übrig, als die Erde aufzuhülen, um noch verborgene Antiquitäten aufzuspüren. Diese Schatzgräberei ist seit 8 Tagen, besonders in den Provinzen in vollem Gange und es scheint, das Proletariat will ruhig bleiben, so lange es dabei den Hunger stillt. Die in Brüssel abgeschlossene Anleihe soll vorzüglich nur den Ausrüstungen des Militärs zu gut kommen, was hier Mancher schwer befürchtet; denn die Verschwendung nach dieser Seite hin übersteigt alle Vorstellungen. Die Werber geben, um nur Eines anzuführen, jetzt jedem auf der Straße aufgegriffenen Müßiggänger 40 Scudi, d. h. 60 Thlr. Handgeld. Ein merkwürdiges Flugblatt ist in den Mönchsklöstern, die nach einer freieren Regel leben, in den Provinzen, wie hier in Umlauf gezeigt. Die meisten Zusendungen kommen von der päpstlichen Post selber. Es will die Mönche aus ihrem Schlaf wecken zur Theilnahme an der nationalen Sache, empfiehlt ihnen deshalb reislich zu erwägen, ob der Tag noch nicht gekommen sei, ihr veraltetes Lebensgesetz zeitgemäß zu reformiren, nicht mehr in dumpfer Gefühllosigkeit dahin zu träumen und aufzuhören, einen fortwährenden Selbstmord zu begehen. Der Brandbrief ist natürlich von den Bischöfen sogleich in Haft genommen und für den Augenblick ohne Wirkung geblieben. (B. 3.)

Rom, 1. Mai. [Abmarsch der französischen Truppen; die Anleihe; Lamoricière.] Die Turiner „Opinione“ meldet, daß das 25. und 40. französische Liniens-Regiment bereits Vorbereitungen zum Abmarsche treffen und die anderen beiden Regimenter bald nachfolgen werden. — Briefe aus Rom vom 1. Mai, welche in Marseille am 4. Mai eingetroffen sind, berichten, „der Papst habe so eben einen Aufruf an die Katholiken aller Nationen erscheinen lassen, um sie zur Unterzeichnung der Anleihe von 50 Millionen bei den päpstlichen Nunzien und den römischen Konsulen aufzufordern; sollten die Unterzeichnungen den ausgeschriebenen Betrag der Anleihe übersteigen, so solle der Überschuss zur Verminderung der römischen Staatschuld verwandt werden“. — General Lamoricière hatte vor seiner Rundreise eine Dampfskorvette mit 2000 Gewehren, 100.000 römischen Thalern und einer Million Patronen von Civita-Bechia nach Ancona abgeschickt; dieselbe traf jedoch nicht rechtzeitig ein, da sie im Hafen von Neapel anlegen und Ausbesserungen an der Maschine vornehmen mußte.

[Die Kampfe auf Sizilien.] Die Insurgenten auf Sizilien rüsteten sich zu einem neuen Versuche gegen Palermo. Dieses wußte man am 28. April in Neapel, wie wir aus telegraphischen Depeschen der Wiener Blätter ersehen, dieses wußte man an demselben Tage auch in Messina, wie aus den Nachrichten, die von der Meerenge in Marseille am 2. Mai eingetroffen sind, erhellt. Und doch war an diesem Tage auf ganz Sizilien der Zustand hergestellt, den man in Neapel „Ordnung“ nennt, und eine allgemeine Belästigung lastete noch wie Alpdruck auf der Bevölkerung. In Messina hatten bedeutende Verbästungen stattgefunden; die Kerker waren mit Verdächtigen und Verdächtigten, Forts und Citadellen mit Truppen vollgestopft. Dennoch hieß es, nach Messina solle der Sitz der Regierung verlegt werden. „Die Landung von Piemontes auf der Insel“, heißt es dann weiter in der uns vorliegenden Marseiller Depesche vom 2. Mai, Abends (und wir vermuten fast, es handle sich hier um Garibaldi's Squadra, wie die Sizilianer ihre Freikorps nennen), „scheint den Insurgenten neues Vertrauen eingeflößt zu haben. Die Besatzung von Palermo scheint, obgleich sie 20.000 Mann stark ist, plötzliche Angriffe von den Rebellen aus dem Innern zu fürchten.“ Der neapolitanische Korrespondent der „Indep. Belge“ bemerkte in einer Nachschrift: „So eben wir mir der Brief eines Generals, der auf Sizilien eine Brigade kommandiert, gezeigt; in demselben steht wörtlich geschrieben: „Die bewaffneten Banden haben nichts zu bedeuten, und wir kämen leicht an das Ziel, aber der Herd der Bewegung ist in Palermo selbst.“ Demselben Korrespondenten zufolge ist Sizilien „sehr aufgereggt“, und Palermo, das so leichten Kaufes niedergehalten wurde, fängt wieder an, sich zu rütteln. Im Hafen liegen englische, amerikanische, russische, französische und sardinische Kriegsschiffe, und als letztere erschienen, erhob das Volk unter den Feuerstürmen der Forts den Ruf: „Es lebe Italien! Es lebe Frankreich! Es lebe Victor Emanuel!“ und ähnliche Kundgebungen wiederholen sich regelmäßig Tag für Tag, obgleich starke Patrouillen die Stadt fortwährend durchstreifen und die ganze Umgegend von Truppen starrt. In den benachbarten Bergen stehen die Squadrone, deren Sturmruft man jeden Morgen erwartet; die Truppen sind entmuthigt, zwei Obersten, San Donato und Zonebruna, haben ihre Entlassung genommen; man ist auf schwere Repressalien gefaßt, da die Schauträgerung der

Leichen von den dreizehn Erschossenen und die Schleifung des erdrosselten Marquis Constantini, so wie die Schauderseiten von Carini die Gemüther furchtbar erbittert haben. In Betreff Carini's bestätigt es sich, daß die Truppen selbst in der Kirche Frauen und unmündige Kinder abgeschlachtet haben, nachdem sie den ganzen Ort geplündert hatten. Auch die übrigen Züge der mobilen Kolonnen gleichen mehr Raub- und Mord- als Kriegszügen; die Soldaten zogen sich zurück, wenn sie so viel erbeutet hatten, als sie mühsam heimschleppen konnten. Dies einige Züge aus dem Gemälde, das die mit dem Elletrico am 28. April in Neapel eingetroffenen Passagiere welche Palermo am 26. verließen, entwarfen. Ihren Angaben nach war an diesem Tage der äußere Stand der Dinge folgender: in Messina und Catanea wie in Palermo Belagerungsstand und Standrecht; Trapani noch in der Gewalt des Volkes; Alcamo und Castrogianni im Besitz der Freischäaren; in der Umgegend von Carini, von wo sich die Truppen am 18. April zurückgezogen und zur See nach Palermo die Rückreise angetreten hatten, standen etwa 3000 Mann Freischäler; über Monreale herrscht Zweifel, da nach einigen Angaben hier das Volk frei, nach anderen die Besetzung von dort keinen Augenblick gewichen ist. In Neapel ist der Hof in Verweisung über den Grafen von Syracuse, der unionistisch-konstitutionell gesinnt ist, und dem man zutraut, er habe Lust, die Rolle Philipp's von Orleans zu spielen.“ Am 27. April hieß es, derselbe sei verhaftet, doch bot dieses Gerücht nur Gelegenheit, daß der Graf sich an diesem Tage in der Stadt zeigte und von einer teilnehmenden Volksmenge gefolgt wurde. In der Nacht vom 26. auf den 27. April hatte Ajossa die Thür zu der kleinen Offizin versiegeln lassen, die der Sekretär des Grafen, Herr Fiorelli, in seinem Hause besitzt. Ajossa hatte sich auch im Auftrage des Königs bei dem Grafen erkundigt, ob der ihm zugeschriebene Brief an Victor Emanuel echt sei, hatte aber keine Antwort erhalten, da der Thron des Königs es unter seiner Stellung erklärte, einem Subalternbeamten Rede zu stehen. Der neapolitanische Korrespondent des „Nord“ bemerkte in Betreff des fraglichen Briefes, derselbe sei und bleibe ein folgenreiches Ereignis, gleichviel, ob er echt sei oder nicht, weil die in dem veröffentlichten Schreiben ausgesprochenen Einheits- und Verfassungs-ideen Jedermaßen aus dem Herzen gesprochen seien. Die Gräuel in Carini sind in aller Welt Munde. Dagegen schreibt die „Zeitung beider Sizilien“: „Die Räuber hatten sich in ziemlich beträchtlicher Anzahl in Carini versammelt. Sie begingen daselbst Schändungen, brannten Häuser nieder und stahlen den armen Dorfbewohnern ihren letzten Nothpfennig. Die tapferen neapolitanischen Truppen griffen diese Räuber mit Nachdruck an, welche die Flucht ergreifen und zahlreiche Gefangene in unseren Händen ließen; der Boden war mit Waffen besetzt. Täglich treffen Massen von Insurgents ein, welche im Vertrauen auf die Gnade ihres Souveräns ihre Waffen abliefern.“ Die Neapolitaner haben bei dem Zuge nach Carini, der aus drei Kolonnen, zwei zu je 2000 Mann, eine zu 1000 Mann bestand, die bei Carini zusammentrafen, nach den neuesten Angaben 500 Mann eingebüßt. In Palermo war trotz aller Wachsamkeit am 24. April Morgens an den Straßenecken zu lesen: „Sicilianer! Unsere Waffen werden unter dem Schutz der Heiligkeit der Sache, die wir verfechten, siegen. Eine beklagenswerte Notwendigkeit zwingt uns, das Blut unserer neapolitanischen Brüder zu vergießen; doch der Würfel ist gefallen; es gilt Kampf und Sieg! Bald werden unsere Ketten geprangen sein; einige Italiener sind bei unseren Helden eingetroffen, denen die neapolitanischen Schirren schamlos genug sind, den Namen Räuber beizulegen. Das Blut der erschossenen Märtyrer schreit um Rache gegen den niedrigen Maniscalco. Rüstet auch ihr euch, mit uns in den Kampf zu gehen. Wir werden nicht eher Frieden haben, als bis Sizilien mit unserm gemeinsamen Vaterlande, mit Italien, vereinigt ist. Es lebe Italien! Es lebe Victor Emanuel!“ Der Nord-Italiener, die bis jetzt gelandet, sind nur wenige; die neapolitanischen Kriegsdampfer beherrschen alle Zugänge zur Insel, die Landung ist daher schwer.

Die „Perseveranza“ veröffentlicht folgende Depesche aus Genova vom 1. Mai: „Das Schiff „Blidah“ ist hier mit Nachrichten aus Sizilien vom 27. April eingetroffen. Der in der Umgegend von Palermo unterdrückte Aufstand tobte im Innern des Landes noch fort. In der Provinz Messina waren die Truppen mehrere Male zurückgeschlagen worden. Zu Alcamo war eine provisorische Regierung eingesetzt worden, welche das ganze Thal von Mazzaro beherrschte. Die von Palermo abgegangenen Postwagen hatten sich zur Rückfahrt gerichtet gefehlt. Man konnte keine neuen Truppen von Neapel entenden, und die auf der Insel befindlichen waren zu schwach, um den Aufstand zu unterdrücken.“

Spanien.

Madrid, 1. Mai. [Modifikation des Ministeriums.] Nach Berichten aus Madrid, welche der „Indépendance“ zugegangen sind, stände wegen der Haltung, welche der Minister des Innern, Posada Herrera, in der Frage über den Frieden mit Marokko beobachtet hat, eine Modifikation des Ministeriums bevor. Da dieser Minister mit Entschiedenheit gegen die Friedenspräliminarien sich ausgesprochen hat, welche Marchall Odonnel angenommen, so soll sein Zusammenwirken mit Pezterem nicht mehr möglich sein. Als sein Nachfolger wird der spanische Gesandte am römischen Hofe, Rios y Rosas, bezeichnet. Man hofft von diesem Staatsmann einige liberale Reformen in der Preßgesetzgebung. Auch von andern Modifikationen ist die Rede, welche das progressistische Element im Ministerium verstärken sollen. Es sollen namentlich Hr. P. Diaz, der spanische Gesandte in Lissabon, und Hr. Luzuriaga, der dem letzten Ministerium Espartero's angehörte, in das Kabinett berufen werden. Demselben Korrespondenten zufolge ist Sizilien „sehr aufgereggt“, und Palermo, das so leichten Kaufes niedergehalten wurde, fängt wieder an, sich zu rütteln. Im Hafen liegen englische, amerikanische, russische, französische und sardinische Kriegsschiffe, und als letztere erschienen, erhob das Volk unter den Feuerstürmen der Forts den Ruf: „Es lebe Italien! Es lebe Frankreich! Es lebe Victor Emanuel!“ und ähnliche Kundgebungen wiederholen sich regelmäßig Tag für Tag, obgleich starke Patrouillen die Stadt fortwährend durchstreifen und die ganze Umgegend von Truppen starrt. In den benachbarten Bergen stehen die Squadrone, deren Sturmruft man jeden Morgen erwartet; die Truppen sind entmuthigt, zwei Obersten, San Donato und Zonebruna, haben ihre Entlassung genommen; man ist auf schwere Repressalien gefaßt, da die Schauträgerung der

Verordnung, welche eine neue Münzeinheit, genannt „Marka“ im Werthe von $\frac{1}{4}$ Silber-Rubel, für Finnland festsetzt. „Die Marka“ wird wieder in 100 Einheiten, genannt „Penni“ eingeschlagen. Zettel von 1 und 3 Mark Silber werden demnächst ausgegeben werden.

Warschau, 3. Mai. [Besuch des Kaisers; Musik-Institut.] So eben bringen wir in Erfahrung, daß der Kaiser seinen Besuch Warschau's, der sonst gewöhnlich in den Herbst fällt, in diesem Jahre schon im Monat Mai, und zwar in der zweiten Hälfte desselben zur Ausführung zu bringen beabsichtigt. Welche Motive dieser Reise zu Grunde liegen, ist zur Zeit noch unbekannt.

— Die Zukunft unseres Musikinstitutes (Konservatorium) ist nun mehr als ziemlich gesichert zu betrachten. Apolinary v. Kontski, der Begründer und künftige Direktor dieses Instituts, verdient wegen des regen Eifers, mit dem er für die Realisirung seiner Idee thätig gewesen ist, die vollste Anerkennung. Fast alle Konzerte, die zum Besten dieses gemeinnützigen Institutes veranstaltet worden, sowohl in der Provinz, als auch hier in der Hauptstadt, wurden von ihm angeregt, von ihm geleitet. Die beiden, bis jetzt in Warschau für den gedachten Zweck unternommenen Musikfeste erschienen sich der lebhaftesten Theilnahme des großen Publikums, und bestiegen, namentlich Kenner und Freunde wegen der größtentheils sehr glücklichen Wahl und guten Durchführung der besseren Werke nur inländischer Kompositeure. Das dritte und letzte große Musikfest, welches mit der Eröffnung des Musikinstituts zusammenfällt, soll nach den verbürgten Mitteilungen hiesiger Blätter durch die Theilnahme mehrerer großer ausländischer Musiker verherrlicht werden. Man nennt als Theilnehmer Liszt und Meyerbeer. (Br. 3.)

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Mai. [Derstetd †.] Der frühere Premierminister und berühmte Rechtsgelehrte Anders Sandoe Derstetd ist gestern nach kurzer Krankheit im 82sten Lebensjahr gestorben.

Flensburg, 3. Mai. [Die Arbeiterexesse.] Von den drei in Tondern verhafteten Arbeitern hat sich einer bereits in der Nacht auf den 29. v. M. im Staatsgefängnis erhängt. An alle wurde der Verkauf von Branntwein verboten. Von dem in Schleswig garnisonirenden 6. Infanterie-Bataillon ist eine Kompanie nach der Westküste abgegangen, um während der von preußischen Arbeitern auszuführenden Deicharbeiten im Frederikscole, in den Dörfern Rudbøl und Rosenkrantz einzuarbeitet zu werden und durch ihre Anwesenheit etwaigen Exessen vorzubeugen.

Türkei.

Konstantinopel, 21. April. [Festlichkeiten; neue Uniformirung; Mord.] Der Sultan fährt fort, dem Herzog von Brabant zu Ehren alles Erdenkliche aufzubieten. Der Schluss des Namazans gibt dazu viel Gelegenheit. Am Mittwoch Abend, am sogenannten Lichter-Abend, wo dem Sultan eine neue Frau geschenkt zu werden pflegt, war am Ufer von Lophane eine prächtvolle Illumination und ein schönes Feuerwerk. Tags darauf hat der Sultan auf der astativen Küste in der Ebene von Haydar-Pasha einen Theil der Garnison (15,000 Mann) Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Scharfschützen im Feuer manövriren lassen. Das türkische Heer hat in der Bekleidung eine sehr vortheilhafte Aenderung erfahren. An Stelle der plumpen und schweren Gamashachen mit langen Hosen ist das System der Zuaven angenommen worden. Morgen ist Bairam; das Wetter ist seit gestern so mild und schön nach dem Regen geworden, daß man sich einen glänzenden Zug verspricht. Die griechischen Ostern haben gestern mit dem Balkanfest geschlossen. — In Galata wurden zwei Tscherken von Griechen ermordet. Griechische Knaben hatten sich damit ergötzt, Naketen dem Ersten, Besten zwischen die Beine zu werfen; das Thaten sie auch wiederholt einem alten Tscherken. Dieser gab den Knaben eine Ohrfeige. Sofort stürzten alle Griechen über den Mann her, und der Unglückliche erlag bald ihren Streichen; ein erwachsener Sohn des Tscherken, der ein Beil zum Holzhacken hatte, eilte seinem Vater zu Hilfe, erhielt aber auch einen Stich, spaltete jedoch, ehe er hinsielte, einem Griechen den Schädel. — Viel wird von einem Morde geredet, der noch ein Geheimnis ist; es sind nämlich in dem Schutt, der aufs große Campo von Pera hinausgetragen wird, die zerschnittenen Glieder eines Mannes gefunden worden. Man will einen vermissten hohen Beamten, dessen sehr schöne junge Frau lecke Intrigen auf den Wällen angeponnen, darin erkannt haben. (K. 3.)

[Lager bei Präsina; der Fürst von Samos.] Der „Destri. Itz.“ wird geschrieben: Der Seraskier Riza Pascha hat es endlich durchgesetzt, daß bei Präsina in einem Lager die ganze Armee von Rumelien konzentriert werden soll, welche durch 35 Bataillone und die entsprechende Kavallerie und Artillerie verstärkt wird. Bezüglich dieses Lagers und seines Oberkommandanten kündigten hier seit einigen Tagen die vagsten Gerüchte, von denen wir bloß das eine erwähnen, welches behauptet, es sei nicht Serbien allein, welchem diese Vorsichtsmaßregeln gelten. Erst seit einigen Tagen ist im Ministerium wieder regeres Leben bemerkbar, und trotz des Fastenmonds finden im Laufe dieser Woche täglich Ministerkonferenzen statt. Außer dem Lager, wird behauptet, ließ erste Egypten das Hauptmotiv zu den Debatten, und Gutunterrichtete versichern, daß schon nächsten Dienstag ein hoher Staatsbeamter nach Alexandrien abgehen soll in geheimer Mission an den dort weilenden Prinzen Ismail Pascha. — Unter anderen hohen Persönlichkeiten, welche bereits jetzt die Stadt verlassen, verdient namentlich der Fürst von Samos, Miltades Bey Aristarchi, Erwähnung, welcher mit Familie nach Paris geht.

Konstantinopel, 25. April. [Marseiller Depeschen.] Für die Witwe Dumas, deren Haus am griechischen Charreitag zertrümmert worden, fordert Frankreich 200.000 Frs. Entschädigung. — Für die Opfer der Katastrophe von Dscheddah haben Frankreich und England in energetischen Noten drei Mill. Frs. Entschädigung und umgehenden Bescheid gefordert, widrigensfalls sie sich selbst Recht verschaffen würden. — Die serbische Deputation hält ihre Ansprüche aufrecht; sie verlangt eine Grenzberichtigung. — Ismail Pascha hat sein Hauptquartier weiter vor nach Präsina verlegt. — Der Bizekönig von Egypten, Said Pascha, hat mehrere eingeborene Christen zu Offizieren in seinem Heere ernannt. Dieses Beispiel der Toleranz hat einen großen Eindruck hervorgebracht. (Beilage.)

Rusland und Polen.

Helsingfors, 17. April. [Neue Münzeinheit.] Die offizielle „Finlands Almania Tidning“ enthält eine kaiserliche

Konstantinopel, 28. April. [Kleine Notizen.] Die Gesellschaft der Regierungsdampfer hat ein 25jähriges Privilegium für Dockbauten am Bosporus erhalten. — Zwischen Konstantinopel und Varna wird eine Telegraphenlinie zu Lande errichtet. — Das Archiv des toscanischen Generalkonsuls in Smyrna ist auf Befehl von Turin dem sardinischen Generalkonsul übergeben worden.

Amerika.

New York, 21. April. [Kleine Notizen.] Der Kongress zu Washington hat 50,000 Dollars für den Empfang des am 28. März an Bord des amerikanischen Dampfers „Powhattan“ in San Francisco angekommenen japanischen Gesandten bewilligt. — Zu Woodstock hat eine Feuersbrunst 100 Häuser in Asche gelegt. — Mr. Black, der Generalprokurator, hat vom Gouverneur Walker eine Herausforderung erhalten und abgelehnt. — Im Westen haben Wirbelwinde viel Schaden angerichtet. Die Stadt Sorisburg ist ganz niedergebrannt. — Die Banf von Tennessee hat ihre Zählungen eingestellt. — Ein japanischer Bedienter des amerikanischen Gesandten in Yedo ist kurz vor der Abfahrt des „Powhattan“ ermordet worden. Der Gesandte nahm keine amtliche Notiz davon. — Ein Neger, mit Namen Don Antonio Bresano, ist unlängst vom Papst zum ersten Bischof von St. Domingo in Westindien ernannt worden.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 5. Mai. [47. Sitzung.] Heute ergriff vor dem Eintritt in die Tagesordnung der Finanzminister v. Patow das Wort: Durch Allerhöchste Ermächtigung vom gestrigen Tage ist dem Staatsministerium der Auftrag ertheilt, dem hohen Hause zwei Gesetzentwürfe zur verfassungsmäßigen Beschlussnahme vorzulegen, welche eine außerordentliche Geldbewilligung für militärische Zwecke in Anspruch nehmen. (Wir haben dieselben im Auszuge schon am Sonnabend Nachmittags durch ein Extrablatt unsern Lesern mitgetheilt. D. Red.) Zu der Vorlegung dieses Gesetzes hat ein doppelter Erwägungsgrund bestimmt. Der erste Grund ist der: die Staatsregierung hat in den Motiven zu den früher gemachten Vorlagen bereits die Gründe entwickelt, weshalb sie es für nötig gehalten hat, den im vorigen Jahre nach der Mobilisierung bestandenen Zustand der Armee nicht sobald wieder auf den Friedensfuß zurückzuführen. Die Mehrkosten dieses Zustandes hat die Staatsregierung bis zum 1. Mai d. J. aus dem im vorigen Jahre bewilligten Kredit bestritten. Von dem 1. Mai an sollten nach Absicht der Staatsregierung diejenigen Einrichtungen ins Leben treten, zu welchen die Zustimmung der Landesvertretung durch die Vorlagen vom 9. März d. J. erbeten ist. Die Verhandlungen über diese Vorlagen haben sich, bei der nicht zu verleugnen Wichtigkeit, in die Länge gezogen und lassen eine baldige Beschlussnahme noch nicht erwarten. Inzwischen ist der 1. Mai herangekommen, also der Zeitpunkt, bis zu welchem die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes möglich war. Jetzt plötzlich wieder zu dem gewöhnlichen Friedenszustande zurückzuföhren, würde die schwersten Nachtheile für das Land herbeiführen und nach vielen Rücksichten in hohem Grade bedenklich sein. Es bleibt daher nur übrig, eine extraordinaire Bewilligung einzutreten zu lassen, um dadurch die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes zu ermöglichen. Der zweite Grund ist der, daß die Regierung bei den früheren Vorlagen auf eine sichere Einnahme aus der Grundsteuer gerechnet hat, auf eine Einnahme, welche zwar sich nicht sofort flüssig machen ließ, welche aber für einen erheblichen Theil der Jahresausgabe ein Deckungsmittel gewährt haben würde. Diese Voraussezung trifft nicht mehr zu; von den vier Vorlagen haben im Herrenhause nur zwei Annahme gefunden, während den beiden anderen die Zustimmung versagt ist. (Hört! hört! rechts, Heiterkeit links.) Die Regierung muß annehmen, daß die Grundlagen ihrer früheren Vorschläge dadurch altert worden sind, und weitere Erwägungen werden eintreten müssen. Das sind die Erwägungen, welche die Regierung zu ihren neuen Vorlagen veranlaßt haben. Von diesen beiden Vorlagen ist die eine eine einfache Wiederholung des Gesetzentwurfes, welcher wegen der ferneren Bewilligung des Zuschlages von 25 Proz. vorgelegt ist, nur mit der Modifikation, daß die Bewilligung der Forterhebung nicht bis zum Schlusse des Jahres 1862, sondern nur auf 1 Jahr bis 30. Juni 1861 in Anspruch genommen wird. (Bravo.) Der zweite Gesetzentwurf erwähnt in seinem ersten Paragraphen den Kriegsminister „zur Aufrechterhaltung und Verwaltung“ derjenigen Maßnahmen, welche für die fernere Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres erforderlich und auf den bisherigen geleglichen Grundlagen thunlich sind“, außer den im gewöhnlichen Budget bewilligten Mitteln für die Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni 1861 9 Mill. Thlr. zu verwenden. §. 2 ermächtigt den Finanzminister, zur Deckung dieses Bedarfs einmal die Zusätze von 25 Proz. zu verwenden, und, soweit diese zur Deckung nicht ausreichen, auf die disponiblen Überflüsse der Verwaltung des Jahres 1859 zurückzugreifen. Der Schlussparagraph ordnet an, daß dem nächsten Landtage über die Ausführung des Gesetzes Rechenschaft gegeben werden soll. Gestatten Sie mir, diese Vorlage mit einigen Worten zu begründen. Wenn die Staatsregierung an der bisherigen Vorlage festhalten wollte, so bedürfte sie für die Zeit bis zum 1. Juli d. J. bis 10½ Mill. Die Regierung hat geglaubt, daß diese früher in Aussicht genommene Summe ermäßigt werden kann und zwar um 1½ Million. Eine weitere Ermäßigung hat die Staatsregierung nicht für zulässig erachtet, weil sie sonst nicht würde glauben können, der ihr obliegenden Verantwortlichkeit zu genügen. In Betreff der Deckung dieser Summe steht die Sache so, daß während nach der früheren Vorlage derjenige Theil des Bedarfs, der aus dem Zusatz nicht gedeckt werden kann, im Betrage von 5,300,000 Thlr. aus dem Staatschazze entnommen werden sollte, gegenwärtig der nicht zu deckende Theil im Betrage von 3,643,000 Thlr. aus den disponiblen Überflüssen von 1859 bestritten werden kann, so daß die in den Staatschazze abgeführt 12 Millionen nicht allein unberührt bleiben, sondern von den Überflüssen des vorigen Jahres noch 2,400,000 Thaler disponibel bleiben, welche schlimmsten Fällen zur Deckung von Ausfällen reservirt bleiben müssen. Die Staatsregierung bittet die von Ihnen geforderte Summe als ein Vertrauensvotum zu bewilligen. Sie geht von der Ansicht aus, daß es dabei nicht auf einen speziellen Nachweis der einzelnen

Positionen ankommen könne, daß vielmehr durch eine so spezielle Auseinandersetzung die Vortheile nicht erreicht werden können, welche die Staatsregierung durch Bewilligung des außerordentlichen Kredits zu erreichen wünscht. Sie sieht daher die geforderte Summe als ein Avernum an und hegt das Vertrauen, daß die Landesvertretung, welche ihr schon größere Summen in dieser Form bewilligt, ihr auch diese Summe zur Disposition stellen werde. Was den Zweck anlangt, so stellt sich die Sache einfach so, daß der gegenwärtige Zustand als ein provisorischer beibehalten und so weit vervollständigt werden soll, als nach Maßgabe der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen möglich ist. Die Regierung geht davon aus, daß der künftigen Vereinbarung in keiner Weise präjudizirt werden soll; die Frage, ob eine 2- oder 3jährige Dienstzeit stattfinden soll, die Fragen über die Reserve, über die Landwehr und deren Stellung sollen bei der jetzigen Vorlage unberührt bleiben. (Bravo.) Ich glaube, daß also der Vorlage keine erheblichen Bedenken entgegenstehen. Zum Schlus noch ein Wort über die Vortheile. Der wesentlichste ist der, daß wir aus einem sehr mühslichen Zustande heraus und in einen geregelten hineinkommen. Das kann nur mit Hilfe der Landesvertretung geschehen; es liegt im Interesse derselben, dieses Votum so schnell als möglich zu geben. Ein fernerer Vortheil ist der: die Regierung täuscht sich nicht darüber, daß die frühere Vorlage der Landesvertretung unerwartet gekommen ist, und daß sie durch dieselbe überrascht worden ist. (Zustimmung.) In dieser Überraschung sind Sie mit einer gewissen Bewegung an die Vorlage herangetreten. (Heiterkeit.) Auch auf die Regierung ist diese Bewegung übergegangen. Nach einem Jahre wird eine ruhige und sorgfältige Erwägung eintreten. (Sehr gut.) Es wird von beiden Seiten in Erwägung gezogen werden können, was zum Heile des Vaterlandes nothwendig und zulässig ist, und die Staatsregierung gibt sich der Hoffnung hin, daß es alsdann an der Eingabe nicht fehlen wird. (Bravo!) — (Die Abz. formiren sich in Gruppen zu lebhaftem Gespräch.) Der Minister bittet um eine schleunige Berathung Seitens der Militärfkommission und um ein schleuniges Votum. Unter fortgesetzter Unaufmerksamkeit wird der Bericht wegen des Staatshaushalts pro 1857 und der Antrag von Bockum-Dolfs wegen der Oberrechnungskammer erledigt, und so dann die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: Montag, d. 7. d.

— Die beiden dem Landtage vorgelegten Gesetzentwürfe werden durch folgende Allerhöchste Ermächtigung eingeleitet:

Im Namen Seiner Majestät des Königs.
Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Prinz von Preußen, Regent, in Erwägung: 1) daß die Nothwendigkeit vorliegt, nach dem Ablauf des in dem Gesetzentwurfe wegen der Verwendung des Bestandes des durch das Gesetz vom 21. Mai 1859 bewilligten Geldmittel in Aussicht genommenen Termins, die größere Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit der Armeen auch ferner zu sichern; 2) daß die Voraussezung, welche den Kraft unserer Ermächtigung vom 9. Februar d. J. dem Landtage vorbereiteten Gesetzentwürfen zum Grunde liegen, zum Theil nicht mehr zutreffen und dadurch weitere Erwägungen geboten sind — ertheilen dem Staatsministerium den Auftrag, den beiden Häusern des Landtages der Monarchie die anliegenden Gesetzentwürfe, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militärverwaltung für die Zeit vom 1. Mai d. J. bis zum 30. Juni 1861, und die Forterhebung eines Zuschlages zur klassifizirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachsteuer, zur verfassungsmäßigen Beschlussnahme vorzulegen. Gegeben Berlin, den 4. Mai 1860. (gez.) Wilhelm, Prinz von Preußen, Regent. (gegenz.) Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen. v. Auerswald. v. d. Heydt. Simons. v. Schleinitz. v. Patow. Pückler. v. Bethmann-Hollweg. Graf v. Schwerin. v. Roon.

Die Gelegetwürfe selbst lauten:

1) Entwurf eines Gesetzes, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militärverwaltung für die Zeit vom 1. Mai d. J. bis zum 30. Juni 1861 — neun Millionen Thaler zu verwenden. §. 2. Der Finanzminister wird ermächtigt, dem Kriegsminister, so weit es zur Deckung der im §. 1 genehmigten Ausgaben erforderlich ist, den Extratrag des nach dem Gesetz vom 21. Mai 1859 und dem anderweitigen Gesetz vom heutigen Tage für die Zeit vom 1. Januar d. J. bis zum 30. Juni 1861 zu erhebenden Zuschlages zur klassifizirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachsteuer, so wie die nach dem Rechnungsbuch für das Jahr 1859 disponiblen Etatsüberschüsse zu überweisen. §. 3. Dem Landtage ist bei seinem nächsten Zusammentritt, beziehungsweise nach dem 31. Dezember d. J. und 30. Juni 1861, über die Ausführung dieses Gesetzes Rechenschaft zu geben.

2) Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Forterhebung eines Zuschlages zur klassifizirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachsteuer. Im Namen Seiner Majestät des Königs. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Prinz von Preußen, Regent, verordnen unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt: Der Finanzminister wird ermächtigt, den auf Grund des Gesetzes vom 21. Mai 1859 (Nr. 5063 der Gesetzsammlung Seite 244) am 1. Juli des selben Jahres in Hebung gesetzten Zusatz von fünfundzwanzig Prozent zur klassifizirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachsteuer für die Zeit bis zum 30. Juni 1861 fortzuhören zu lassen. — Die Motive werden wir morgen mittheilen.

— [Interpellation.] Von dem Abg. Dr. v. Niegolewski ist, hinreichend unterstützt, folgend Interpellation an die R. Staatsregierung gerichtet und gedruckt verteilt worden: „In der vorjährigen Session des Abgeordnetenhauses hat der Unterzeichnete, in Veranlassung der Provocation Seitens der Beamten durch Verbreitung im Großherzogthum Posen heimlich nachgeahmter aufrührerischer Proklamationen gegen den Kaiser von Russland, an die Königliche Staatsregierung eine Interpellation gestellt. Der vormalige Minister des Innern hat unter Anerkennung des großen Werths, welchen die Antragsteller der Interpellation belegen“ und unter der Angabe, daß er es an einer strengen Verfolgung der gegen einzelne bestimmte Beamte eingeleiteten disziplinarischen Maßregeln nicht fehlen lassen werde, „zur näheren Beantwortung der Interpellation eine vor deren mündlicher Begründung verfaßte Relation durch seinen Regierungs-Kommissarius verlesen lassen. Derselbe sind nach Erklärung des Herrn Ministers zu Grunde gelegt, theils „die avozierten Akten der Posenischen Behörden“, theils „die Vernehmung des zu diesem Zweck hierher (aus Posen) eingeladenen Polizei-Präsidenten.“ Dessen ungeachtet stützt sich derselbe theils auf unrichtige Thatachen, theils überzeugt sie mit Stillschweigen mehrere bei der Begründung der Interpellation näher ausgeführte wesentliche Anklagemomente. Beides darzuthun, behält sich der Interpellant vor, insbesondere auch, daß die Posener Behörden in der That keine Mittel scheut, sogar nach Begründung der vorjährigen Interpellation und noch während der diesjährigen Session in ihrem Provocationsysteme fortzufahren, und daß auch der durch das Erkenntnis des Staatsgerichtshofes vom 5. November 1859 zu zwei Jahren Buchthaus verurteilte englische Unterthan, Algemon Hewit, ein Opfer dieses Systems geworden. Obgleich nun die vorgedachte Relation die Provocation in Abrede stellte, so hat sie doch den wirklich erfolgten Nachdruck und die straffällige Verbreitung der Proklamation zugegeben und wälzte nur die Schuld und Verantwortlichkeit auf einen einzelnen Beamten, mit der Versicherung schließend, daß die bereits eingeleitete Disziplinaruntersuchung dieses völlig ungehörige Verfahren zur gefestigte Abwendung bringen wird.“ Seitdem ist bereits ein Jahr verflossen. Ungeachtet der Herr Minister die Tragweite der Interpellation gewürdig und auch erklärt hat, daß bereits gegen einzelne Beamte disziplinarische Maßregeln ergriffen worden sind; ungeachtet, daß sogar die vor der Begründung der Interpellation ausgearbeitete und verlesene Relation bei allen Ent-

schuldigungsversuchen, die Straffälligkeit des Verfahrens nicht in Abrede zu stellen vermochte und die gesetzliche Abhandlung zugesichert hatte, ist bis jetzt, so viel bekannt, dieserhalb keine Kriminaluntersuchung, sondern nur gegen einen einen Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden, während der betreffende Beamte nicht nur im Amte geblieben, sondern sogar seinen Vorgesetzten, den Polizeipräsidienten, in Behinderungsfällen vertreten, und nur wenige Wochen vor Eröffnung des Landtages Posen verlassen hat. Wie verlautet, ist aber auch dieser Beamte im Laufe des vorigen Monats durch das Erkenntnis des Disziplinargerichtshofes freigesprochen worden. Welche auch die Gründe dieser Freisprechung sein mögen, die weder anzutasten noch zu verdächtigen die Abicht des Unterzeichneten sein kann, so walzt darüber kein Zweifel vor, daß bei vorhandener Schuld Schuldsige vorhanden sein müssen. Das Allertrautigste aber wäre, wenn bei einem solchen Verfahren keine Schuld, folglich auch kein Schuldfänger zu finden wäre. Unter diesen Umständen erlaubt sich der unterzeichnete Interpellant, die königl. Staatsregierung um Auskunft zu erfragen: 1) über die Resultate der nach der Erfahrung des damaligen Herrn Ministers des Innern gegen einzelne bestimmte Beamte ergriffenen disziplinarischen Maßregeln, und angzufragen, 2) welche weitere Schritte das Ministerium eingezogen oder aber einzuziehen geplant ist, und endlich, 3) ob es sich für geeignet erachtet möchte, Schritte dahin zu thun, daß die dem Algenon Hewit angehörente Unbill gut gemacht würde. Dr. v. Niegolewski. Unterstützt durch: v. Zoltowski (Protokoll), Graf Mielzynski. v. Chlapowski. Pilaski. Graf Skorzeny. Wyczynski. Graf Plater. Libelt. Graf Joseph v. Mielzynski (Fraudstadt). v. Stablawski. v. Lyszkowski. v. Zoltowski (Buh). v. Morawski. v. Bentkowski. v. Potworowski. Graf v. Dzialynski. v. Bockum-Dolfs. Freiherr v. Winde (Hagen). Grabow. Pinder. Harfort. Bürgers. v. Roenne. Tschow. Freiherr v. Hoverbeck. Acker. Dr. Beit. Wagner. Meyhoeffer. Nemitz. Schoemann. Thiel. Dr. Morgen. Immermann. Aymann. Houffelle. v. Berg.

Aus polnischen Zeitungen.

Über den im Herrenhause eingebrochenen Antrag in Betreff der Kreditinstitute in der Provinz Posen bringt der „Gas“ in Nr. 101 eine Korrespondenz aus Posen, die also lautet: „Wir entnehmen die Nachrichten aus der Verhandlung der Ersten Kammer über den Antrag in Betreff unseres Kreditinstituts. Ungeachtet der Einstimmigkeit der Kammer, welche der Regierung den Antrag mit der Bedeutung zur Erwähnung überweist, daß eine Verbesserung unserer Kreditverhältnisse notwendig ist, ungestrichen des Rechtes, daß auch nicht eine Stimme zur Verbesserung des Neuen Kreditinstituts sich hat hören lassen, so gibt uns das Resultat jener Verhandlung keine gebrüderliche Hoffnung auf eine Verbesserung der Sachlage für die Zukunft, denn die Erklärungen der Regierung waren sehr entschieden, jedoch unseren Bedürfnissen und Wünschen in Betreff einer Erweiterung des Wirkungskreises des alten Instituts entgegen. Fürst Radziwill sprach in entschiedener, kräftiger Weise im Interesse des Großherzogthums, aber auch seine Stimme scheint gegen das System nichts zu vermögen. Es ist ein wunderbares Ding, sogar in Anbetracht höherer politischer Gründe, daß das alte Ministerium, welches überall die Rückkehr zu den alten Verhältnissen und bestehenden politischen Einrichtungen durchführen wollte, allein im Großherzogthum, indem es in dieser Frage örtlichen feindlichen Einflüssen nachgab, unserm Institute eine ganz widerstreitende Grundlage gab, während es inzwischen in anderen Provinzen auf die Erweiterung der alten Institute sich befrächtigte. Das neue Ministerium behauptet, daß es das alte Institut, welches feste, nicht einmal mit der Konstitution unverträgliche Privilegien besitzt, nicht erweitern und verlängern könne. Es ist genug, daß woher auch der Wind weht, es bei uns immer verkehrt geht, und jede Kammer bereit ist, das Ministerium gegen uns zu unterstützen. — Der Gesundheitszustand des Herrn Oberpräsidenten Puttmayer hat sich angeblich so weit gebessert, daß er, wie es heißt, in das Bad reisen soll. Sein Nachfolger in Posen soll, wie es lange heißt, Herr Bonin sein, einer der fähigsten und energischsten Beamten der Monarchie. Man kann jedoch daraus nicht folgern, daß sich die Sachlage im Großherzogthum in Folge dieses Wechsels des Oberpräsidenten ändern dürfte. — Die Verhandlung der Ersten Kammer über das Kreditinstitut charakterisiert sich auch dadurch, daß die Antragsteller die Frage sowohl in ihrem Antrage, als in ihren Reden allein auf die finanzielle Seite, um die es sich handelt, befrächtigte; das Ministerium dagegen hebt die politische Seite im Großherzogthum hervor, und entschieden, wenn auch für uns unvortheilhafte Erklärungen fielen hinter dem Ministerseite. Die Entscheidigkeit in diesem Punkte ist um so wunderbar nach Abserzung der neuzeitlichen Verhandlung in der hessischen Angelegenheit und im Augenblick, wo sich die Kammer zu ähnlichen Verhandlungen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit rüsten, ferner Angeklagtes des Widerhalts, den diese Angelegenheit nach den Erklärungen des Minister und nach ihrem Still-schweigen auf herausfordernde Reden einiger Kammermitglieder erlangten, so daß es den Anschein gewinnen könnte, als ob die preußische Politik entschieden dem Grundsatz der Nationalität huldigte und der Annahme der Rolle eines deutschen Piemont sich nähere. In ähnlicher Verhältnisse und der Neuerzung der Gründe ist es ein auffallendes Ding, daß sie hier mit doppeltem Maße messen.“ K. R.

Lokales und Provinzielles.

R. Posen, 7. Mai. [Die nächste Sitzung der Stadtvorordneten] findet übermorgen — Mittwoch den 9. d., Nachmittags 3 Uhr statt. Über die zur Berathung gestellten Gegegenstände vergl. man die Bekanntmachung unter den Inseraten.

S. Posen, 7. Mai. [Bellachini] hat am verwichenen Sonnabend hier die erste seiner Soirées mystérieuses gegeben. Die Theilnahme des Publikums, namentlich auch des gewählten und eleganten, war so bedeutend, daß der große Saal des Bazar, selbst mit Einschluß der Tribüne, die Zuschauer zu fassen nicht vermochte, und eine nicht geringe Zahl von Schaulustigen nicht mehr Einlaß finden konnte. Eine eben so sauber als geschmackvoll dekorirte kleine Bühne, brillant beleuchtet, aber natürlich ganz ohne Apparat, da sich eines solchen Herr B. nicht bediente, bildet den Hintergrund des Saals. Der Künstler bewährte in den mannigfachen, oft überaus schwierigen Produktionen den Ruf, welchen er nun schon seit Jahren in den verschiedensten Orten und Kreisen, in verschiedenen Ländern und vor nicht wenigen fürstlichen Personen (darunter auch vor dem preußischen Hofe) sich erworben, wiederum nach allen Seiten hin auf das Vollständigste. Er hat, seit wir ihn nicht gesehen, an Ruhe und Sicherheit der Ausführung, an Gewandtheit und Unfehlbarkeit in den Produktionen, dünkt uns, noch gewonnen, und tuft dadurch auch bei den schwierigsten Kunststücken in dem Zuschauer das Gefühl des unbedingten Gelügens hervor, daß für den ungetrübten, harmlosen Genuss solcher virtuellen Künste eine der ersten Bedingungen ist. Seine manuelle Geschicklichkeit ist bisher kaum erreicht, und die Schnelligkeit der Ausführung, welch letztere fast immer inmitten des Publikums erfolgt, grenzt nicht selten an das Fabelhafte. Geschwindigkeit ist allerdings keine Hexerei. Indeß stände das nicht in zu grellem Widerspruch mit unserm „aufgeklärten“ Zeitalter, so möchte man doch bisweilen an eine solde zu glauben sich geneigt fühlen. Wir wollen nicht die mannigfachen Kunststücke einzeln aufzählen, welche für den ersten Abend der Künstler aus seinem reichen Programm gewählt hatte. Aber das mag mit Anerkennung erwähnt sein, daß der Künstler von jeder Charlatanerie, auch in Haltung und Rede, sich entfernt zu halten, die faden und unerquicklichen Witzeleien, die man nicht selten bei solchen Gelegenheiten bis zum Ekel mit anhören muß, tatkraftig zu vermeiden und dem Ganzen eine noble Färbung zu geben weiß, die den günstigen Gesamteindruck wesentlich fördert. Seines überraschend virtuosen Vortrags auf der Mundharmonika, von welchem er auch früher hier schon außerordentliche Proben abgelegt, sei als einer eigenthümlichen Zugabe

noch besonders gedacht. Wir sind überzeugt, daß alle Zuschauer den Saal mit vollster Befriedigung verlassen haben und gern sich eine Wiederholung des heitern Genusses gönnen werden. Am Besuch der gestrigen, zweiten Vorstellung waren wir zu unserm Bedauern durch Mangel an Zeit verhindert, hoffen indeß, daß sie noch nicht die letzte gewesen sein wird, und das umso mehr, als, wie wir hören, dieselbe noch bei weitem zahlreicher zahlreicher, als die erste besucht gewesen ist und ebenfalls mit dem außerordentlichsten Beifall aufgenommen worden ist.

Neustadt, 6. Mai. [Ablach; Kuriosum; Betrug; Selbstmord.] Am Donnerstag fand in der hiesigen kath. Kreuzkirche ein Ablach statt. Mehrere Meilen weit waren Andächtige hergekommen, und die geräumige Kirche so überfüllt, daß ein großer Theil sich auf dem Kirchhofe plazieren mußte. Zu dem Fest waren auch 16 Geistliche eingetroffen. Probst Samberger aus Kolitz predigte in deutscher, der Probst aus Birnbaum in polnischer Sprache. Nachmittags 6 Uhr fand die große Prozession von der Kreuzkirche aus nach der Pfarrkirche statt. — Zu der schon öfters in d. Bzg. erwähnten Adresse gegen die Gleichstellung der Juden habe ich nachträglich noch ein Kuriosum hinzuzufügen. Der Kolporteur der Adreß kam mit derselben auch nach dem Dorfe C. um Unterschriften zu sammeln. Allein die Gemeinde verweigerte dies mit der Bemerkung: „Wir unterschreiben nichts, denn die Rechnung wird nachkommen.“ — Vor kurzem kamen Weinhandler aus der Provinz Brandenburg nach Posadowo, und überredeten den dortigen Wirth B., ihnen für 180 Thlr. Weinwand abzukaufen, worüber er einen Wechsel aufstellte. Seigt wurde ihm der Wechsel aus dritter Hand präsentiert, und er wird bezahlen müssen, obwohl sich schon längst herausgestellt hat, daß er mit der angeblichen Weinwand arg betrogen ist. — Vor einigen Tagen erhing sich im Gerichtsgefängnisse zu Grätz der wegen Brandstiftung und anderer Verbrechen zur Unterfützung gezogene Tagearbeiter Steinborn aus Alt-Dombrowo.

Zirke, 5. Mai. [Feuer.] Am 1. d. Nachmittags 6 Uhr brach in dem ½ Meile von hier entlegenen Dorfe Przemysl Feuer aus, durch welches 3 Wohngebäude und 2 Stalungen in Asche gelegt wurden. Obgleich 4 Spritzen früh auf der Brandstelle waren, konnte man erst spät in der Nacht Herr des Elements werden, das das Feuer mit rascher Schnelligkeit um sich griff. Mobilien konnten aus den Wohngebäuden nicht gerettet werden. Neuer die Entstehung des Brandes weiß man noch nichts Sichereres.

Bromberg, 5. Mai. [Wasserstand der Brahe; Gesuch; Schiffbruch; Dislokation.] Der Wasserstand der Brahe ist gegenwärtig so niedrig, daß die vielen unweit der Mündung der Brahe in die Weichsel mit Getreide beladenen Kähne nicht bis zum Kanal gelangen können. Die hier auf der Brahe vor Anker liegenden Schiffer haben eine Kommission garnahm, um die Ursache des Wassermangels zu ermitteln. Dieselbe hat erklärt, daß durch die Befreiungsanlagen in der Lücheler Haide der Brahe das Wasser entzogen wird.

In Folge dessen ist ein Gesuch an den Handelsminister, mit der Bitte um schleunige Abhilfe, mit vielen Unterschriften nach Berlin abgesandt. In dem Gesuch heißt es unter Anderem: „Wenn die Bromberger Schleusen (der Kanal) überhaupt Nutzen bringen sollen, so muß selbstverständlich die Brahe in schiffbarem Zustande erhalten werden. In den letzten Jahren hatte dieselbe so wenig Wasser, daß die Oderläufe kaum leer, geschweige denn beladen, die Brahe passiren konnten. Leichterfahrzeuge sind, abgesehen von der Kostspieligkeit, meist nicht zu bekommen, und so müssen beladene Oderfähne oft wochenlang in Bromberg oder an der Brahespitze (bei der Mündung in die Weichsel) liegen bleiben. Auch jetzt liegen wieder gegen 100 Kähne hier, welche die Brahe nicht passiren können, obgleich jetzt in allen schiffbaren Flüssen Wasser vorhanden ist. Wir haben ermittelt, daß den größten Theil des oberen Brahwassers die Lücheler Überleitungsanlagen verbrauchen, daß zu Zeiten die Schleusen bei Mühlhof die Brahe ganz sperren und alles Wasser derselben an die Rieselflände ableiten. Eine Folge davon ist, daß die untere Brahe aufhört, schiffbar zu sein, daß das, was der Königliche Bauherr, Friedrich der Große, durch die Bromberger Schleusen bewirkt hat, jetzt vereitelt wird.“ Schließlich heißt es: „Es liegt im Staatsinteresse, daß die Handelsverbindung auf alle Weise gefördert, daß die Brahe in schiffbarem Zustande erhalten, daß auch die untere Brahe (von hier bis zur Weichsel) erforderlichenfalls kanalisiert, und auch hier Stauwerke und Schleusen angelegt werden, wenn nicht die Sperrung des Wasserzuflusses in der oberen Brahe ganz beseitigt werden kann.“ — Vor einigen Tagen geriet in Folge des niedrigen Wasserstandes ein mit Drogen beladener, aus Warschau kommender Kahn bei Posen. Egerer in der Brahe auf einen Stein, bekam ein Eck und sank. Mit vieler Mühe wurde er zwar herausgeschafft, das Getreide war indeß verdorben. Viele Menschen aus der Umgegend, auch von

Bromberg, begeben sich dorthin und kaufen von dem Getreide, den Schell zu 15—17½ Sgr. — Nach einer in diesen Tagen eingegangenen Nachricht wird das heisste Landwehr-Bataillon des 14. Inf. Regts. nach dem neuen Dislokationsplane noch in diesem Monate Kolberg zu seinem Garnisonsorte erhalten.

Hierher kommt das Landwehrbataillon von Graudenz.

Bromberg, 6. Mai. [Real Schule; Braunkohle; Feuer; Konzert.] Die hier erst Ende März eingegangene Verfügung des k. Provinzialschulconsiums, daß die hiesige Realschule durch Verfügung des Kultusministers zu einer Realschule erster Ordnung erhoben werden, sowie die in Folge dessen verspätete Abiturientenprüfung (die mündliche Prüfung fand erst Ende April statt) ist Veranlassung, daß das diesjährige Programm der Realschule erst gestern hat ausgegeben werden können. In Folge der eingetretenen Stattheröhung ist das Schulgeld ebenfalls erhöht worden. Es beträgt jetzt für Einheimische: bei einem Einkommen der Versorger unter 400 Thlr., 12 Thlr. jährlich; bei einem Einkommen der Verorger von 400 Thlr. und darüber 16 Thlr. für Auswärtige 20 Thlr. jährlich; in den drei Vorberichtigungsklassen für Einheimische 6, für Auswärtige 12 Thlr. Die Zahl der Schüler im Wintersemester war im Ganzen 613 (430 in der Real- und 183 in der Vorberichtigungsschule). Es waren darunter Evangelische 319 (in der Vorschule 129), Katholiken 38 (Vorschule 33), Judent 73 (Vorschule 21); Deutsche 410 (Vorschule 175), Polen 20 (Vorschule 8); Einheimische 261 (Vorschule 160), Auswärtige 169 (Vorschule 23). Den Schulnachrichten voraus geben ein Aufsatze vom Realschullehrer Dr. Kleinert „über Chlorsalze“ und „Bemerkungen über einige Bohrbrunnen Brombergs“. Im Ganzen zählt unsre Stadt Bromberg 10 Bohrbrunnen, sämtlich auf dem linken Ufer der Brahe. Von 7 dieser Brunnen hat Herr K. Angaben über die Art und Mächtigkeit der Schichten, durch welche die Bohrlöcher hindurch gehen, gemacht. Nebenbei hat er Braunkohle in einer Stärke von 4—12 Fuß gefunden, welche von dunklem steinfreiem Thone bedekt wird. — Der der Aktiengesellschaft „Weichselthal“ gehörige Braunkohlenhacht auf der benachbarten Glinker Feldmark wird in nächster Zeit mit verstärkter Kraft wieder in Angriff genommen werden. Man hofft, daß im Schachte (der selbe hat eine Tiefe von 164 Fuß) ziemlich hoch gestiegene Wasser mit zwei Pumpwerken beseitigen und sodann die wegen ihrer guten Eigenschaften gelobte Kohle fördern zu können. — In der etwa 1 Meile von hier entfernten Ortschaft Linowice, zur Herrschaft Solendowic gehörig, brach in der Nacht zum 5. Feuer aus, das bei dem heftigen Winde mit großer Schnelligkeit um sich griff und in kurzer Zeit 4 Gehöfte in Asche legte. Außer fast sämtlichem Vieh, das in den Flammen umfiel, sind leider auch drei Menschenleben zu beklagen. Es verbrannten nämlich eine Mutter mit ihrem Kind und ein Dienstmädchen. Man vermutet, daß das Feuer angelegt ist. — Am Sonntage fand hier im Pärschen Saale das letzte Symphoniekonzert der „Erholungsgesellschaft“, ausgeführt von der Prahl'schen Kapelle, statt. Herr Prahl hat Alles aufgeboten (durch Verstärkung des Orchesters, fleißiges Neben u. c.) die Saison würdig zu beenden.

Inowraclaw, 5. Mai. [Berichtigung.] In der 35. Sitzung des Abgeordnetenhauses (§. Nr. 87 d. 3.) behauptete der Abg. Dr. v. Niegolewski, daß auch die Inowraclawer Schule, ein Gymnasium, aus katholischen Fonds fundiert und nicht mit polnischen Lehrern versehen wäre. Beides ist völlig unwahr. Die Schule ist simultan ab ovo, ihre Stiftungsurkunde hierüber unzweifhaft; die Fonds der Katholiken sind viel zu gering gewesen, eine Scheidung zu ermöglichen, die Geldbeutel der Evangelischen erhielten die Anzahl und denken sie aus. Der geringe Bruchteil der polnischen Schüler bewirkte doch, daß vier polnisch sprechende Lehrer angestellt sind, gewiß mehr als hinreichend. Es ist zu erwarten, daß die Städte Schroda, Bromberg, Bissau und Fraustadt, nicht sammeln werden, gegen den gleichen Vorwurf zu protestieren, und nur zu beklagen, daß die deutschen Abgeordneten dieser Provinz nicht solchen unbegründeten Behauptungen sofort den Widerspruch und die Widerlegung folgen lassen, da viele der Herren mit den als erbärmlich bezeichneten Verbältnissen unserer Provinz genau bekannt und doch jedenfalls in der Lage sind, durch sofortige Rückfragen volle Aufklärung zu geben, der Wahrheit zum Anerkenntnis zu verhelfen. (B. W.)

Strombericht. Obernicker Brücke.

Am 4. Mai. Kahn Nr. 1545 und 8947, Schiffer Wilh. Hertwits, und Kahn Nr. 1799, Schiffer Wilh. Lehmann, alle drei von Stettin nach Posen mit Steinholz; Kahn Nr. 2036, Schiffer Karl Krauthoff, Kahn Nr. 99, Schiffer Karl Stahr, Kahn Nr. 348, Schiffer Ernst Stahr, Kahn Nr. 664, Schiffer Gust. Stahr, und Kahn Nr. 747, Schiffer August Brust, alle fünf von Berlin nach Posen, Kahn Nr. 240, Schiffer Karl Wegner, und Kahn Nr. 8747, Schiffer Fried. Benzin, beide von Berlin nach Neustadt, alle sieben

haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubiger, nämlich die Rechtsnachfolger der Rubr. III. Nr. 3 dieses Grundstücks für das Dominikaner-Mönchsloster zu Kosten eingetragene Forderung von 1850 Thlr., werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Meseritz, I. Abtheilung.

Die zu Tirschtig unter den Hypothekennummern 106, 88, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136 und 137 belegenen, aus Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, Gärten, Ackerland, Wiesen, Schonungen und Unland bestehende Grundstücke, welche

a) dem Eigentümer Gotthilf Beyer und dessen Ehefrau Louise geborene Fabian,

b) dem Eigentümer Gottlieb Heinrich und seiner Ehefrau Pauline geborene Fabian,

c) dem Eigentümer Gottlieb Drechsler und dessen Ehefrau Rosina geborene Preßler,

d) dem Franz Pirschel und dessen Ehefrau Louise geborene Fehner,

e) dem Bürgermeister August Wende und dessen Ehefrau Emilie geborene Schulz,

f) dem Bäckermeister Albert Schwarz und dessen Ehefrau Wilhelmine geborene Grundmann,

g) dem Bäckermeister Johann Deitschmann und dessen Ehefrau Henriette geborene Bonigräber,

h) dem Bürger Ernst Makowski und dessen Ehefrau Emilie geborene Wende,

i) dem Kaufmann Michael Davidsohn und dessen Ehefrau Bertha geborene Meyer,

k) dem Bäckermeister Franz Mai und dessen Ehefrau Julianne geborene Hoffmann,

l) dem Schmiedemeister Wilhelm Schulz und dessen Ehefrau Wilhelmine geborene Hämmerling,

m) dem Bürger Peter Manek und dessen Ehefrau Rosalie geborene Mazurek,

n) dem Schuhmachermeister Gottlieb Schulz und dessen Ehefrau Anna Marie geborene Böhm,

o) dem Bürger Johann Radler und seiner Ehefrau Therese geborene Przybylsko,

gehören und von denen die unter den Nummern

129 bis 137 in den Hypothekenbüchern eingetragenen Realitäten früher Pertinenzstücke des

Grundstücks Nr. 88 bildeten, sollen

am 6. Juni 1860 Vormittags 9 Uhr

vor der Gerichtsstagkommission in Tirschtig

abgekauft werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung

gegenüber der nebst Hypothekenchein in der Regi-

stratur eingetragenen Taxe, soll

am 7. September 1860 Vormittags

11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle abgekauft werden.

Alle unbekannten Realpräidenten werden

aufgeboten, sich bei Vermeldung der Praktision

spätestens in diesem Termine zu melden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung

gegenüber der nebst Hypothekenchein in der Regi-

stratur eingetragenen Taxe, soll

am 8. Juni 1860 Vormittags 9 Uhr

vor der Gerichtsstagkommission in Tirschtig

abgekauft werden.

Die Taxe, wonach das Grundstück Nr. 106

mit Salz; Kahn Nr. 5039, Schiffer Leonh. Krieger, und Kahn Nr. 7284, Schiffer Wilh. Krieger, beide von Rydersdorf nach Schmitz mit Kalksteinen. Holzfäßen: 20 Tristen liefern Kantholz mit Eichenholz und Kiefernholz belastet, von Neustadt nach Glienicke; 7 Tristen liefern Kiefernholz mit Stahlholz belastet, von Peitzern nach Glienicke.

Angekommene Fremde.

Vom 6. Mai.

SCHWARZER ADLER. Kaufmann Hirsch aus Schneidemühl und Gutsh.

BRITISCH aus Trachenberg.

BAZAR. Frau Gutsh. v. Stablewska aus Otonie, die Gutsh. v. Niegolewski aus Włoszyczewski und v. Bulowiecki aus Grunzig.

HOTEL DE PARIS. Gutsh. Eichwald aus Bednary, die Kaufleute Koch

aus Mur. Goślin, Hermann und Simon aus Frankfurt a. D.

BUDWIG'S HOTEL. Kaufmann Trautmann aus Bodniewska, die Eis-

lermeister Pohl aus Bromberg und Pohl aus Breslau.

EICHENER BORN. Kommiss Ruffat aus Mogilno, die Kaufleute Hoch

aus Breslau, Mayer und Barth aus Gzarnikau.

KRUG'S HOTEL. Die Gutsh. Gebrüder Susek aus Elegnitz und Han-

delmann Weber aus Milbau.

PRIVAT-LOGIS. Bürgermeister Rex aus Koźmin, Kanonenplatz Nr. 10;

Kaufmann Hermann aus Görlitz, Markt Nr. 51.

Vom 7. Mai.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Gutsh. v. Morawski aus Lubo-

nia, Ansatz aus Poppelsdorf und Wackerow aus Mecklenburg, Fabrik-

besitzer Malzieien aus Tiefenfurt, Frau Apotheker Brunner und Prem-

Lieutenant Seif aus Gniezen, die Kaufleute Mannskopf. Behr aus Frankfur-

t a. M., Lößler, Maaz, Starow, Blatow und Lus aus Berlin.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Hüttenbeamter Burlert aus Neuhalz, Fabrikbesitzer Galliard aus

Berlin, hüttenbeamter Burlert aus Neuhalz, Fabrikbesitzer Galliard aus

Berlin, die Gutsh. Gamin aus Dobrzycy, v. Mieczek und Graf Kos-

torowksi aus Polen, Frau Renier Muszlewicz aus Kosten, Kreis-

sekretär Schendel aus Wreschen, Lieutenant im 2. Landw. Hus. Regt.

Rörner aus Stibbe und Kaufmann Eckert aus Landsberg.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Bergmann aus Breslau

und Schmalen aus Prenzlau, Rentier Reinhard aus Berlin, Frau Kreis-

physitus Dernier aus Wreschen, Auktionarz-Inspektor v. Braunschweig

aus Magdeburg, Rittergutsh. v. Farmer aus Strelow und Oberamtman-

Bielen aus Golsdorf.

HOTEL DU NORD. Rittergutsh. v. Wolniewicz aus Demblec, Rentier

Frhr. v. Reichhofen aus Berlin und Dekonom Käsemacher aus Breslau.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutbesitzer v. Hillner aus

Buchwald und v. Turno aus Obiezirze, Guispachter Waligorski aus

Nostowro, Rentier Weiß aus Bromberg, Kaufmann und Holzhändler

Nahmacher aus Berlin und Kaufmann Winter aus Wittstock.

BAZAR. Frau Gut

Kündigung

abgelöster 4 und $3\frac{1}{2}$ % Posener Pfandbriefe zum Umtausch.

In Folge stattgehabter Renten- und Pfandbriefablösung, sowie Parzellen- Verkaufs, werden von den auf nachbenannte Güter ertheilten 4 und $3\frac{1}{2}$ % Pfandbriefen die nachstehenden Points, welche sich im Umlauf befinden und im Hypothekenbuche gelöscht werden sollen, hiermit gekündigt:

Pfandbr.-Nr. G u t. Kreis. Pfandbr.-Nr. G u t. Kreis. Pfandbr.-Nr. G u t. Kreis. Pfandbr.-Nr. G u t. Kreis.

G u t. Kreis. Pfandbr.-Nr. G u t. Kreis. Pfandbr.-Nr. G u t. Kreis. Pfandbr.-Nr. G u t. Kreis.

4%.

6 7665 Cielce vel Pleschen 1000

7 7666 dito Czyicz

8 7667 dito

9 7668 dito

10 7669 dito

11 6648 dito

12 6649 dito

13 6650 dito

14 6651 dito

15 3766 dito

16 3767 dito

17 3769 dito

18 12017 dito

19 12019 dito

20 12020 dito

21 12021 dito

22 12022 dito

23 12023 dito

24 12024 dito

25 12025 dito

26 12026 dito

27 12027 dito

28 12028 dito

29 12029 dito

30 12030 dito

31 12031 dito

32 12032 dito

33 12033 dito

34 12034 dito

35 12035 dito

36 12036 dito

37 6141 dito

38 6142 dito

39 6143 dito

40 6144 dito

41 6145 dito

42 6146 dito

43 6147 dito

44 6148 dito

45 6149 dito

46 6150 dito

47 6151 dito

48 6152 dito

49 6153 dito

50 6154 dito

51 6155 dito

52 6156 dito

53 6157 dito

54 6158 dito

55 6159 dito

56 6160 dito

57 6161 dito

58 6162 dito

59 6163 dito

60 6164 dito

61 6165 dito

62 6166 dito

63 6167 dito

64 6168 dito

65 6169 dito

66 6170 dito

67 6171 dito

68 6172 dito

69 6173 dito

70 6174 dito

71 6175 dito

72 6176 dito

73 6177 dito

74 6178 dito

75 6179 dito

76 6180 dito

77 6181 dito

78 6182 dito

79 6183 dito

80 6184 dito

81 6185 dito

82 6186 dito

83 6187 dito

84 6188 dito

85 6189 dito

86 6190 dito

87 6191 dito

88 6192 dito

89 6193 dito

90 6194 dito

91 6195 dito

92 6196 dito

93 6197 dito

94 6198 dito

95 6199 dito

96 6200 dito

97 6201 dito

98 6202 dito

99 6203 dito

100 6204 dito

101 6205 dito

102 6206 dito

103 6207 dito

104 6208 dito

105 6209 dito

106 6210 dito

107 6211 dito

108 6212 dito

109 6213 dito

110 6214 dito

111 6215 dito

112 6216 dito

113 6217 dito

114 6218 dito

115 6219 dito

116 6220 dito

117 6221 dito

118 6222 dito

119 6223 dito

120 6224 dito

121 6225 dito

122 6226 dito

123 6227 dito

124 6228 dito

125 6229 dito

126 6230 dito

127 6231 dito

128 6232 dito

129 6233 dito

130 6234 dito

131 6235 dito

132 6236 dito

133 6237 dito

134 6238 dito

135 6239 dito

136 6240 dito

137 6241 dito

138 6242 dito

139 6243 dito

140 6244 dito

141 6245 dito

142 6246 dito

143 6247 dito

144 6248 dito

145 6249 dito

146 6250 dito

147 6251 dito

148 6252 dito

149 6253 dito

150 6254 dito

151 6255 dito

152 6256 dito

153 6257 dito

154 6258 dito

155 6259 dito

156 6260 dito

157 6261 dito

158 6262 dito

159 6263 dito

160 6264 dito

161 6265 dito

162 6266 dito

163 6267 dito

164 6268 dito

165 6269 dito

166 6270 dito

167 6271 dito

168 6272 dito

169 6273 dito

170 6274 dito

171 6275 dito

172 6276 dito

173

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actiengesellschaft

direct von Hamburg nach New-York

vermittelst der Postdampfschiffe der Gesellschaft:

Hammonia, Borussia, Saxonia, Bavaria und Teutonia.

Passage: I. Cajute: Pr. Crt. Thlr. 150, II. Cajute Pr. Crt. Thlr. 100, Zwischendeck

Pr. Crt. Thlr. 60, Beköstigung inclusive.

Die Expeditionen finden regelmässig am 1. und 15. jeden Monats statt.

Desgleichen expedirt obige Gesellschaft ihre rühmlichst bekannten Segelpacketschiffe am 15. jeden Monats nach New-York, und

— 15. Mai nach Quebec.

Nähre Nachricht über Fracht und Passage ertheilt.

August Bolten, Wm. Miller's Nachfolger,

Schiffsmakler. Hamburg, Admiraltätsstrasse Nr. 37, so wie der für den Umfang des Königreichs Preussen concessionirte und zur Schliessung gültiger Verträge bevollmächtigte

Generalagent **H. C. Platzmann** in Berlin, Louiseplatz Nr. 7.

Am 31. Mai a. c.

Beginn der Ziehung der garantirten Geld-Berolung mit Gewinnen von fl. 200,000, 100,000, 50,000, 30,000, 25,000 ic. ic.

Obligationen daju Thlr. 3. 13 Sgr., 1/2 Antheile à Thlr. 1. 22 Sgr., 1/4 à 26 Sgr. (Pläne gratis) empfiehlt das mit dem Verkauf durch die Regierung beauftragte Handlungshaus

Heinrich Steffens
in Frankfurt am Main.

Siege & Co. in London W. C. suchen Agenten für Posen u. erb. Briefe fr.

Für meinen Sohn, welcher mehrere Jahre bei der Landwirtschaft thätig, militärfrei und der polnischen Sprache mächtig ist, suche ich zum 1. Juli c. a. eine Stelle, Behufs weiterer Ausbildung in einer grösseren wirtschaftlichen Wirtschaft unter Anderem: Vortrag auf der rühmlichst bekannten Philomole.

Preußischer Landbote.

Unter diesem Titel erscheint in Berlin vom 15. Mai ab täglich eine politische Zeitung mit Sonntagsblatt, deren Tendenz aus den 6 Probenummern erhebt, welche vom 1. bis 15. Mai von zwei zu zwei Tagen ausgegeben werden und durch die Postanstalten (in Berlin durch die bekannten Distributoren) zu beziehen sind.

Jede Nummer bringt: Leitende Artikel. — Landtagssbericht. — Hof- und Staatsangelegenheiten. — Provinzialbericht. — Berliner Nachrichten. — Gerichtsverhandlungen. — Deutschland. — Ausland. — Vermischtes. — Literatur und Kunst. — Telegraphische Depeschen. — Getreidemarkt. — Produktenbörsen. — Fondsbörse. — Theateranzeige. — Inserate. — Bei besondren Vorlommessen werden Extrablätter erscheinen.

Alle Postämter nehmen Bestellungen an; in Berlin die Expedition (Johannisstraße Nr. 4) und sämtliche Zeitungspediteure.

Abonnement vierteljährlich 25 Sgr., für die Zeit vom 15. Mai bis 30. Juni 12½ Sgr. inkl. Zeitungssteuer und Postauszug (in Berlin inkl. Botenlohn).

Café anglais.

Gente und morgen

großes Doppel-Konzert

und Gesangsvorträge

ausgeführt von sechs Damen unter Leitung der Herren Zimmermann und Iser aus Böhmen. Unter Anderem: Vortrag auf der rühmlichst bekannten Philomole.

M. Peiser, Markt Nr. 9.

Posener Marktbericht vom 7. Mai.

| | vor | bis |
|---------------------------------|----------------------|----------------------|
| fl. Sgr. Gd. Gd. Gd. | fl. Sgr. Gd. Gd. Gd. | fl. Sgr. Gd. Gd. Gd. |
| Fein-Weizen, Schf. z. 16 M. p. | 2 22 | 6 2 27 |
| Mittel-Weizen | 2 17 | 6 2 20 |
| Bruch-Weizen | 2 10 | 2 1 2 |
| Roggen, schwerer Sorte | 1 28 | 9 2 1 3 |
| Roggen, leichtere Sorte | 1 25 | 1 27 6 |
| Große Gerste | 1 22 | 6 1 25 |
| Kleine Gerste | 1 20 | 1 22 6 |
| Hafer | 1 — | 1 2 6 |
| Koherben | 2 — | 2 2 6 |
| Futtererben | 1 22 | 6 1 25 |
| Winterrübien, Schf. z. 16 M. p. | — | — |
| Winterraps | — | — |
| Sommerrübien | — | — |
| Sommerraps | — | — |
| Buchweizen | 1 12 | 6 1 15 |
| Kartoffeln | — | 16 |
| Butter, 1 Jäh (4 Verl. Dkt.) | 2 5 | 2 15 |
| Roth. Klee, Et. 100 Pf. 3. G. | 10 15 | 11 7 6 |
| Weißer Klee | dito | — |
| Hafer, per 100 Pf. 3. G. | — | — |
| Stroh, per 100 Pf. 3. G. | — | — |
| Rübbel, d. Et. z. 100 Pf. 3. G. | — | — |
| Spiritus (per 100 Dkt) | 16 15 | 16 27 |
| am 5. Mai à 80 % Tr. | 16 20 | 17 2 |
| 7. — | — | — |

Die Markt-Kommission.

| Kaufmännische Vereinigung zu Posen. | | |
|--|--------------|-----|
| Geschäfts-Versammlung vom 7. Mai 1860. | | |
| Fonds. | Br. Gd. bez. | |
| Preuß. 3½% Staats-Schuldsh. | 84½ | — |
| 4% Staats-Anleihe | — | — |
| 4½ | 100 | — |
| Neueste 5% Preußische Anleihe | 104 | — |
| Preuß. 3½% Prämiens-Anl. 1855 | 113 | — |
| Posener 4% Pfandbriefe | 99½ | — |
| 3½ | 90 | — |
| 4 neue | — | 87½ |
| Schles. 3½% Pfandbriefe | — | — |
| Weitpr. 3½ | 80½ | — |
| Poln. 4 | — | — |

Der Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins.

Rheinische, 4 82½ b3

do. Stamm.-Pr. 4 —

Rhein.-Nahebahn 4 44½ b3

Ruhrt.-Grefeld 3½ 74 B

Stargard.-Posen 3½ 79½ b3

Thüringer 4 101 b3

Baaren.-Kred. Anth. 5 90½ Post bz uG

Weimar. Bant.-Alt. 4 78 G

Industrie-Aktien.

Dejau.-Kont. Gas. A. 5 85 G

Berl.-Eisenb. Fabr. A. 5 61 etw bz

Hölder. Hüttenw. A. 5 73 G

Minerva, Bergw. A. 5 29½ B

Neustadt. Hüttenw. A. 5 4 B p. Std.

Concordia 4 — [Ifo. Zinl.]

Magdeh. Feuerver. A. 4 — —

Aachen.-Maastricht 4 — —

do. II. Em. 4 80 B

do. III. Em. 4 84 B

do. IV. Em. 4 79½ B

do. Oderb. (Bilb.) 4 — —

do. III. Em. 4½ — —

do. IV. Ser. 5 101½ G

Nordb. Fried. Bilb. 4½ 100 G

Oberschles. Litt. A. 4 91½ G

do. Litt. B. 3½ 78½ G, C. —

do. Litt. D. 4 84½ B

do. Litt. E. 3½ 72½ B

do. Litt. F. 4 89½ B

do. III. Ser. 5 255 b3 uG

Prinz.-Wilh. I. Ser. 5 I. 99 G, II. 99 G

do. III. Ser. 5 — —

Rheinisch. Pr. Obl. 4 85½ B

do. v. Staatgarant. 3½ — —

Ruhrt.-Grefeld 4½ — —

do. II. Ser. 4 84½ B

do. III. Ser. 4½ 84 B

Stargard.-Posen 4 82½ G

do. II. Em. 4 91½ G

do. III. Em. 4 91½ G

do. IV. Ser. 4 95½ G

do. 5. Stiegliq.-Anl. 5 95½ G

do. 5. do. 5 105½ b3

Englische Anl. 5 106½ B

Russ. Egl. Anl. 3 64½ etw bz

Staats-Anl. 1855 5 104½ b3

do. 4 99½ b3 uG

do. 4 92½ B

do. 1856 4 99½ b3

do. 1853 4 93½ G

do. 200 fl. 22½ G

N. Präm. St. A. 1855 3½ 113½ b3

Part. D. 500 fl. 4 90½ G

Staats-Schuldsh. 3½ 83½ b3

Kurz.-Neum. Schuld. 3½ —

Berl. Stadt.-Oblig. 4 99½ G

do. do. 3½ 81½ b3

Berl. Börsenh. Obl. 5 103 B

Kurz.-Neumärk. 3½ 88½ b3

Ostpreußische 3½ 81½ G

do. 4 98½ b3

Pommersche 3½ 86½ b3

Posensche 4 100 B

do. 3½ 90½ G

Schlesische 3½ 87 G

V. Staat. gar. B. 3½ 88½ G

Westpreußische 3½ 81 b3

do. 4 90 b3

Kurz.-u. Neumärk. 4 93½ b3

Pommersche 4 93 B

Preußische 4 91 B

Rhein.-u. Westf. 4 92½ b3

Sächsische 4 93½ G

Schlesische 4 93½ B

Rentenbriefe 3½ 89½ G

Ausländische Fonds.

Destr. Metalliques 5 53½ b3

do. National-Anl. 5 60½ b3 etw bz